

E+Z

MONATLICHES E-PAPER

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

E+Z

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

September 2019

POPULISMUS

Was Steueroasen
zum Aufstieg rechter
Parteien beitragen

EBOLA

Was jetzt in der
DR Kongo getan
werden muss

REGIONALE INTEGRATION

Was Grenzstädte
zu Wachstumszentren
machen kann



Digitale Zukunft

Digitale Zukunft

Die schwierige letzte Meile

Copia betreibt in Kenia auf innovative Weise Versandhandel. Die E-Commerce-Firma liefert eine breite Palette langlebiger Güter an Kunden im ländlichen Raum und in informellen Siedlungen. Sophia Waweru vom Vertriebsmanagement erläutert im Interview das Geschäftsmodell. **SEITE 19**

Nachfrage nach Faktenprüfung steigt

Facebook und Google kooperieren neuerdings mit Faktenprüfungs-Agenturen, um die negativen Auswirkungen von Falschinformationen auf ihren afrikanischen Plattformen zu mindern. Es muss aber weit mehr getan werden, schreibt Alphonce Shiundu, Faktenprüfer in Kenia. **SEITE 21**

Druck auf Medienschaffende

Das Internet bietet nicht mehr den großen Freiraum wie früher. Edward Ronald Sekyewa vom „Hub for Investigative Media“ beschreibt, wie Uganda auf Kritik im Internet reagiert. Die indonesische Journalistin Ika Ningtyas legt dar, wie kritische Online-Journalisten in ihrem Land verfolgt werden. **SEITEN 23, 25**

Tückische Systeme

Der Journalist Felix Lee erklärt das soziale Kredit-system, das China flächendeckend einführen will, um Bürger im Alltag zu überwachen. Die indische Regierung hat Identifizierungsnummern, die mit biometrischen Daten verknüpft sind, an mehr als 1,2 Milliarden Menschen vergeben. Das System wird weithin genutzt, hat aber auch seine Tücken, wie der Sozialwissenschaftler Nirmal Dutta aufzeigt. **SEITEN 26, 28**

Transparent, sicher und auf Augenhöhe

Die KfW hat eine neue, innovative Lösung für die Verteilung und Steuerung von Gebermitteln entwickelt: TruBudget. Piet Kleffmann, zuständiger Leiter bei der KfW, erklärt, wie die Plattform, die auf der Blockchain-Technologie basiert, funktioniert. **SEITE 29**

Mehr Technologie ist keine Lösung

Der große Technologieoptimismus ist vorbei. Datensammlungen, Überwachung und Wahlmanipulation sind Beispiele für die Schattenseite des Internets. Politik und Gesellschaft müssen sich den Herausforderungen stellen, schreibt E+Z/D+C-Mitarbeiterin Monika Hellstern. **SEITE 32**

Monitor

Weshalb Rechtspopulismus von Steueroasen profitiert | IPCC-Bericht zeigt zerstörerische Landnutzung auf | Digitale Mobilisierung, analoge Proteste in Ostafrika | Eine Zukunftsvision für Afrika | Heutzutage: Schicksale jugendlicher Straftäter in Ghana | Impressum **4**

Debatte

Kommentare zu Emanzipationsbestrebungen ugandischer Frauen, zur angespannten politischen Lage in Kolumbien sowie zu den anstehenden Wahlen in Afghanistan **10**

Tribüne

TARIQ RIEBL

Ohne das Vertrauen der Menschen vor Ort lässt sich Ebola in der DR Kongo nicht in den Griff bekommen **14**

FELIX HAAS

Regel Grenzhandel zwischen Thailand und Myanmar schafft Arbeitsplätze **16**

Schwerpunkt: Digitale Zukunft

INTERVIEW MIT SOPHIA WAWERU

Wie der Online-Händler Copia mit innovativen Ideen benachteiligten Gemeinschaften in Kenia das Leben erleichtert **19**

ALPHONCE SHIUNDU

In Afrika nehmen die Initiativen zur Faktenprüfung zu, aber es muss mehr geschehen, um die Flut an Falschnachrichten einzudämmen **21**

EDWARD RONALD SEKYEWA

Ugandas Regierung missfällt Kritik, die online geäußert wird, und sie versucht ihre Reichweite zu beschränken **23**

IKA NINGTYAS

Die Verleumdungsbestimmungen im Internetgesetz Indonesiens machen es leicht, Medienschaffende einzuschüchtern **25**

FELIX LEE

Das digitale Punktesystem Chinas bewertet Menschen in allen Lebenslagen und sanktioniert sie entsprechend **26**

NIRMAL DUTTA

Das biometrische ID-System Indiens verursacht erhebliche Sorgen **28**

PIET KLEFFMANN

Die KfW ermöglicht mit einer neuen digitalen Plattform eine transparente und sichere Umsetzung von staatlicher Entwicklungsfinanzierung **29**

MONIKA HELLSTERN

Welche Missbrauchsgefahren den früheren digitalen Technologieoptimismus mittlerweile dämpfen **32**

Bedrohliche Trends

In Indien war die Nutzung des digitalen biometrischen Identitäts-Codes ursprünglich freiwillig. Das verlangt auch das Verfassungsgericht. Armen Menschen half das digitale Instrument, Sozialleistungen zu bekommen. Mittlerweile wird es aber für immer mehr Zwecke erforderlich. Zivilgesellschaftliche Akteure warnen vor Überwachung und fordern zuverlässigeren Datenschutz.

Ähnlich haben sich viele mit Digitalisierung verbundene Entwicklungshoffnungen in den vergangenen Jahren verdüstert. Von der Mitte der 1990er Jahre bis zum Arabischen Frühling 2011 herrschte dagegen ein gewisser Überschwang. Davor schien Informationstechnik für Entwicklungsländer gar nicht relevant. Das änderte sich jedoch, als die Weltmedien auf den Boom der Softwarefirmen in Bangalore aufmerksam wurden. Dann bekamen immer mehr Menschen Zugang zum Internet, das trotz manch fortbestehender digitaler Gräben zunehmend zum tatsächlich weltweiten Netz wurde. Als Nächstes eroberte die Mobiltelefonie Afrika – und Kenia wurde Pionier bei der Geldüberweisung per Handy. Digitaltechnik erreichte immer mehr Menschen und erleichterte selbst Armen in abgelegenen Dörfern das Dasein.

Mehr Information als je zuvor stand zur Verfügung. Austausch wurde über große Distanzen möglich. Digitalisierung war in vielfacher Hinsicht befähigend. Im Arabischen Frühling waren soziale Medien so wichtig, dass Journalisten schon von „Facebook-Revolution“ sprachen. Mittlerweile sind aber Plattformen, die ursprünglich freie Kommunikation ermöglichten, mit Desinformation und Propaganda verseucht. Die Geschäftsmodelle etablierter Zeitungen werden unterhöhlt, worunter der Qualitätsjournalismus leidet.

Uns wurden Wissensgesellschaften versprochen, aber es wird immer schwerer, die Welt zu verstehen. Unternehmen und öffentliche Verwaltung werden zügig weiter computerisiert, was viele Vor-, aber auch viele Nachteile hat. Spitzenleute beider Sphären achten heute genau darauf, was online geschieht – und einige versuchen, öffentliche Debatten zu manipulieren. Autoritärer Populismus breitet sich aus, während der Respekt vor der Demokratie zu erodieren scheint. China ist Vorreiter bei der digitalen Bürgerüberwachung, aber andere Staaten scheinen nur allzu bereit, dem Beispiel zu folgen.

Zugleich entziehen sich die Konzerne, die inzwischen das Internet dominieren, weitgehend staatlicher Kontrolle. Gemessen an den Umsätzen, sind ihre Steuerzahlungen verschwindend gering. Die Konzernspitzen geben sich liberal, aber ihre Lobbyisten arbeiten daran, dass vor allem der Handlungsspielraum von Google, Facebook, Amazon, Microsoft, Apple und so weiter nicht eingeschränkt wird. Die Algorithmen von Facebook und Youtube (ein Teil des Google-Imperiums) radikalieren derweil wütende Menschen, indem sie ihnen immer radikalere Inhalte anbieten, weil das Nutzer nun mal davon abhält, zu anderen Plattformen zu wechseln.

Digitalisierung wird unsere Zukunft prägen. Wir brauchen vernünftige Regeln. Die Kräfte, die das Netz beherrschen, sind inzwischen oft mächtiger als Nationalstaaten. Es gibt noch drei politische Einheiten, die sie effektiv regulieren können: die USA, China und die EU. Derzeit gibt leider nur die EU Bürgerrechten Vorrang. Wenn andere Länder Weltregeln mitgestalten wollen, brauchen sie Bündnispartner. Nur so können wir Risiken in den Griff bekommen, aber zugleich weiterhin vielversprechende digitale Chancen nutzen. Andernfalls drohen überall staatliche und unternehmerische Willkür zugleich.

► **Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.**



HANS DEMBOWSKI
ist **Chefredakteur von E+Z**
Entwicklung und Zusammenarbeit/
D+C Development and Cooperation.
euz.editor@dandc.eu

Fotos: Juancho Torres/picture-alliance/AA+, IRC

Debatte



Fragiler Frieden

Ein Jahr nachdem Ivan Duque Präsident wurde, steht Kolumbien wieder zwischen Krieg und Frieden. Die Zahl der ermordeten Aktivisten wächst. Duques Vorgänger Juan Manuel Santos schloss 2016 Frieden mit den FARC-Milizen. Der Regierung Duque mangelt es wohl nicht nur an der Fähigkeit, die Vereinbarungen umzusetzen, sondern auch am politischen Willen, schreibt der Politikwissenschaftler Fabio Andrés Díaz Pabón.

SEITE 11

Tribüne



Vertrauen gewinnen

Die Ebola-Krise in der Demokratischen Republik Kongo (DRK) hält an. Der gut koordinierte humanitäre Einsatz gibt Anlass zu vorsichtiger Hoffnung. Es sei nötig, über medizinische Fragen hinauszuschauen, mahnt unser Autor Tariq Riebl, Einsatzleiter des International Rescue Committee (IRC). Vor allem müssten Helfer das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen.

SEITE 14

Großes Entwicklungspotenzial

Grenzregionen haben eine große Bedeutung für den Handel zwischen Ländern. Der Aufbau grenzüberschreitender Infrastruktur ist die Voraussetzung dafür, dass neue wirtschaftliche Korridore entstehen können. Was noch an der Grenze zwischen Myanmar und Thailand getan werden sollte, beschreibt der Berater Felix Haas.

SEITE 16

RECHTSPOPULISMUS

Nationalisten in Steueroasen

Der Aufstieg von Rechtspopulisten hat viel mit dem Wachstum von Steueroasen zu tun. Laut einer Studie des niederländischen Transnational Institute (TNI) fördern global agierenden Oligarchen der Weltwirtschaft in vielen Ländern nationalistische Agitation.

Von Hans Dembowski

In vielen Ländern behaupten Rechtspopulisten, sie müssten ihr Volk vor der Ausbeutung durch globale Eliten schützen. Dabei sehen sie „das“ Volk als eine kulturell und ethnisch homogene Einheit, die sie selbst definieren. Sie klagen beständig, „das“ Volk werde nicht nur von globalen Eliten bedrängt, sondern zugleich auch von Minderheiten bedroht. Die Rechtspopulisten fordern nationale Souveränität zurück und wenden sich gegen multilaterale Abkommen. Solche Kräfte haben weltweit Zulauf, und in manchen Ländern stellen sie sogar die Regierung – Beispiele sind die USA, Britannien oder die Philippinen.

Reijer Hendrikse und Rodrigo Fernandez, die beiden Autoren der TNI-Studie, stellen die Populisten allerdings in ein ganz anderes Licht. Ihnen zufolge dienen sie den Interessen global agierender Milliardäre, die ihre Vermögen in Steueroasen horten. Wie sie ausführen, bejahen Rechtspopulisten Freihandel und ungehinderte Finanzströme, wenden sich aber gegen Migration, Multilateralismus, Menschenrechte und Demokratie. Offensichtlich profitieren von dieser Politik Offshore-Milliardäre. Den beiden Sozialwissenschaftlern zufolge instrumentalisieren superreiche Strippenzieher populistische Kräfte und heizen damit Nationalismus an. Die Finanzen populistischer Organisationen seien oft undurchsichtig, und ausländisches Geld sei dabei relevant.

Weltweit agierende Medien-Zaren, von denen Fox-News-Eigner Rupert Murdoch vermutlich der bekannteste ist, strecken dem Autorenpaar zufolge derweil ihre „neoliberalen Narrative mit nationalistischem Gift“. Sie predigten Patriotismus, ihre Lebenspraxis entspreche aber „Bürgern von nirgendwo“. Für sie hätten Steuersen-

kungen immer Vorrang vor Sozialpolitik. Ihre Rhetorik wende sich zwar gegen Eliten, ihre Politikvorschläge täten aber denen nicht weh, die von Steueroasen profitierten.

SOUVERÄNITÄT DES KAPITALS

Laut der TNI-Veröffentlichung ist das Kapital dank Offshore-Finanzplätzen souverän geworden. Dieses Netzwerk beruhe auf bilateralen und multilateralen Abkommen, die souveräne Staaten vereinbart hätten. Das Offshore-Finanzsystem sei somit staatlich erschaffen, entziehe sich aber nun staatlicher Regulierung. Die Autoren sprechen von einem „eigenartig souveränen Geschöpf, das auf ähnliche Weise wie früher imperienpolitisch-ökonomische Macht ausübt“.

Offensichtlich können Milliardäre ihr Geld problemlos von einem Finanzzentrum ins andere verschieben, um Steuern zu vermeiden oder Einfluss geltend zu machen. Die Investitionsentscheidungen von Offshore-Kapitalisten haben immense volkswirtschaftliche Bedeutung. Die beiden Sozialwissenschaftler führen aus, dass sie gern Regierungen gegeneinander ausspie-

len wollen, aber kein Interesse daran haben, dass Staaten effektive Wirtschaftspolitik implementieren können. Die populistische Rhetorik, die darauf abzielt, „Kontrolle zurückzugewinnen“, sei hohl, denn sie richte sich nicht gegen Plutokraten.

Die Studie sieht die Menschheit heute gespalten. Normalbürger seien Gesetzen unterworfen und zahlten Steuern. Sie hingen von staatlichen Institutionen und Infrastrukturen ab, die in Entwicklungsländern tendenziell schwach sind und in Industrieländern im Zuge der Sparpolitik nach der globalen Finanzkrise zunehmend ausgehöhlt würden. Die Gruppe der Offshore-Milliardäre dagegen zahle keine Steuern und könne gesetzlichen Bestimmungen ausweichen.

Hendrikse und Fernandez formulieren hier keine bloße Verschwörungstheorie. Skandale wie die Lux Leaks oder die Paradise Papers haben die weltweite Relevanz des Offshore-Finanzsystems belegt. Allerdings lässt die kurze TNI-Publikation wichtige Fragen unbeantwortet. So stimmt es sicherlich, dass die Politik von US-Präsident Donald Trump den reichsten Bürgern seines Landes die größten Vorteile bringt – aber ein Freihändler ist er definitiv nicht. Interessieren sich Offshore-Oligarchen für den Handelskrieg zwischen den USA und China? Derzeit mutiert er zu einem Währungskrieg und schränkt mit Sicherheit den Spielraum der unregulierten Kapitalisten ein.



Fox-News-Eigentümer Rupert Murdoch gehört zu den global agierenden Medienzaren, die „neoliberale Narrative mit nationalistischem Gift“ strecken.



Indische Truppen dienen in Kaschmir derzeit einer hinduchauvinistischen Regierung, aber nicht unbedingt internationalen Kapitalinteressen.

gen Bundesstaat seines Landes, dessen Bevölkerungsmehrheit muslimisch ist, an die kurze Leine zu nehmen. Autoritäre Politiker zeigen nun einmal gerne Stärke – und zwar besonders, wenn, wie zur Zeit der Fall, ihre Volkswirtschaft schwächelt. Indischen Unternehmern wäre es aber lieber, er kümmernte sich um Wirtschaftsreformen. Seine Pläne, die Steuereinnahmen zu steigern, behagen ihnen gar nicht. Modis Kaschmir-Politik dient also nicht dem Kapital. Ihn für eine Marionette der Offshore-Finanzwelt zu halten wäre naiv.

Die TNI- Studie beschäftigt sich gar nicht damit, dass die gesetzzlose Finanzelite keine einheitlichen Ziele haben dürfte. Russische Öl-Oligarchen, chinesische Industriearbete und Silicon-Valley-Unternehmer nutzen Steueroasen. Ebenso tun das Erben, Mafiabosse und korrupte Politiker. Sie mögen eine Abneigung gegen staatliche Auf-

sicht teilen, aber das ergibt noch keine gemeinsame globale Agenda.

Indiens Premierminister Narendra Modi sorgt derzeit für neue Spannungen in Kaschmir. Er ist sicherlich einer der gefährlichsten Rechtspopulisten weltweit. Offensichtlich entspricht es seiner hinduchauvinistischen Ideologie, den einzi-

LINK

Hendrikse, R., und Fernandez, R., 2019: Offshore finance – How capital rules the world. Amsterdam, Transnational Institute (pdf mit kompletten Quellenangaben ist in Aussicht gestellt).

<http://longreads.tni.org/state-of-power-2019/offshore-finance/>

Foto: picture-alliance/AP Photo



Werden Sie unser Fan auf Facebook!



IPCC-SONDERBERICHT

Zerstörerische Landnutzung

Die Klimafolgen von Land- und Forstwirtschaft sowie anderen Arten der Landnutzung werden oft unterschätzt. Dabei sind sie erheblich, wie der Weltklimarat in seinem aktuellen Sonderbericht aufzeigt. Der Umgang mit Land, Nahrungsmitteln und Agrarproduktion muss nachhaltig werden. Es gilt, die wachsende Weltbevölkerung zu ernähren und gleichzeitig die Erderwärmung einzudämmen.

Von Katja Dombrowski

Der Klimawandel beeinflusst die Landnutzung, und diese trägt zum Klimawandel bei. Wie die Wechselwirkungen genau aussehen, legt der Weltklimarat (International Panel on Climate Change – IPCC) in seinem im August veröffentlichten Sonderbericht dar. 107 Wissenschaftler aus 52 Ländern waren daran beteiligt, davon mehr als die Hälfte aus Entwicklungsländern. Sie haben rund 7000 wissenschaftliche Studien ausgewertet.

Die Menschheit beeinflusst gut 70 Prozent der eisfreien Landoberfläche der Erde. Infrastruktur macht nur ein Prozent aus. 12 Prozent sind Ackerfläche, 37 Prozent Weidflächen und 22 Prozent genutzte Wälder. Die restlichen 28 Prozent sind weitgehend ungenutzt; dazu gehören Wälder und andere Ökosysteme, aber auch Felsen und Wüsten.

Der Anteil der genutzten Fläche wächst stetig. Die Nahrungsmittelproduktion hat laut dem Bericht zwischen 1961 und 2017 um 240 Prozent zugenommen – allerdings nicht nur durch mehr Flächen, sondern auch aufgrund höherer Produktivität.

Der Einfluss der Landnutzung auf Ökosysteme ist enorm – und oft zerstörerisch. Fruchtbare Böden gehen verloren, Wüsten breiten sich aus, und die Artenvielfalt nimmt ab. Zudem verbraucht die Landwirtschaft 70 Prozent des weltweiten Trinkwassers. Häufig geht auch die Funktion des Bodens als CO₂-Senke verloren; er ist nach den Ozeanen der größte Kohlenstoffspeicher der Erde. Folglich befeuert die nichtnachhaltige Landnutzung die Erderwärmung.

Diese geht über Landmassen schneller vonstatten als über den Meeren. Was sich die Weltgemeinschaft im Pariser Vertrag als Limit gesetzt hat, ist über der Landoberfläche schon erreicht: Dem Bericht zufolge ist dort die mittlere Lufttemperatur seit der vorindustriellen Zeit um 1,5 Grad gestiegen, beinahe doppelt so stark wie die globale Durchschnittstemperatur.

Wegen des Klimawandels werden wiederum Extremwetterereignisse häufiger und intensiver. Er trägt in vielen Regionen zu Landdegradierung und Wüstenbildung bei.



Die Menschheit muss Vieh nachhaltiger halten, um den Klimawandel abzumildern. Großviehschau in der Schweiz.

Ernährungssicherheit und Ökosysteme sind bedroht. Die Risiken sind regional sehr unterschiedlich, wie die Autoren betonen, wobei die Auswirkungen für Länder niedrigen Einkommens tendenziell drastischer sind.

Wie sich der Klimawandel künftig auswirkt, hängt nicht nur vom Grad der Erderwärmung ab, sondern beispielsweise auch vom Bevölkerungswachstum, von Konsumgewohnheiten, Produktionsweisen und dem technischen Fortschritt. Positiv ist, dass die Autoren zahlreiche Möglichkeiten im Zusammenhang mit Landsystemen sehen, um den Klimawandel zu mindern und sich daran anzupassen. Häufig sei das möglich, ohne um Landflächen zu konkurrieren, und mit zahlreichen Zusatznutzen verbunden.

Ein wichtiger Punkt ist nachhaltiges Landmanagement, das den Erhalt von Ressourcen wie Böden, Wasser, Tieren und Pflanzen und ihrer ökologischen Funktionen beinhaltet. Im Bericht heißt es: „Die Verringerung und Umkehr von Landdegradierung – in der Größenordnung von einzelnen landwirtschaftlichen Betrieben bis hin zu ganzen Wassereinzugsgebieten – kann der Allgemeinheit kosteneffiziente, unmittelbare und langfristige Vorteile bringen und mehrere der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDGs) unterstützen.“

Die Autoren plädieren unter anderem für nachhaltigen Ackerbau, weniger Dünger und reduzierte Fleischproduktion. Außerdem gingen im Moment 25 bis 30 Prozent der produzierten Nahrungsmittel verloren

oder würden weggeworfen – wenn sich das änderte, wäre schon sehr viel gewonnen.

Um bei der Landnutzung umzusteuern, halten die Autoren entsprechende Politik für nötig. Als konkrete Ansatzpunkte nennen sie unter anderem verbesserten Marktzugang, Sicherung von Nutzungsrechten und die Einbeziehung von Umweltkosten bei Nahrungsmitteln. Der Bericht macht klar: Gehandelt werden muss sofort. Das gilt für alle Sektoren, die für den Klimawandel relevant sind.

LINK

IPCC-Sonderbericht Klimawandel und Landsysteme:
<https://www.de-ipcc.de/254.php>

SOZIALE MEDIEN

Digital mobilisiert

Das Internet verändert die Art und Weise, wie Bürger sich in Afrika am politischen Geschehen beteiligen. Soziale Medien bieten Raum für Aktivismus, haben aber auch negative Seiten. Zudem haben viele Menschen noch keinen Zugang zum Internet.

Von Sheila Mysorekar

Laut der kenianischen Autorin und Internetaktivistin Nanjala Nyabola nehmen soziale Medien zunehmend politischen Einfluss. Kenia ist ein gutes Beispiel. Das Land ist ein Hub – ein Knotenpunkt – für digitale Entwicklung in Afrika; zum Beispiel ist es Vorreiter bei Überweisungen von Geld via Handy (M-Pesa). Noch wichtiger für die Politik sei Kenias große Twitter-Community, so Nyabola. Auf der Kurznachrichtenplattform wird jegliches politisches Thema heftig debattiert.



Die kenianische Autorin und Internetaktivistin Nanjala Nyabola in Kampala.

Nyabola hat das Buch „Digital democracy, analogue politics“ geschrieben. Darin analysiert sie, wie das Internet die Politik verändert. „Weil in den traditionellen Medien die Zensur zunimmt und der öffentliche Raum eingeschränkt wird, verlagert sich die politische Debatte in den digitalen Raum“, sagte sie auf einer Konferenz über Soziale

Medien, die die Konrad-Adenauer-Stiftung kürzlich in der ugandischen Hauptstadt Kampala veranstaltet hatte.

Die Bürger verlangen Transparenz, Gerechtigkeit und Rechenschaft. Viele sind von den Politikern frustriert und sorgen sich wegen der Korruption. Früher ignorierten öffentliche Institutionen die Beschwerden der Bürger häufig, aber wenn sie in den sozialen Medien von Tausenden Kommentaren überflutet werden, können sie nicht mehr darüber hinweggehen, sagt die Autorin.

Führende Politiker und Beamte sind sich dieser Entwicklung bewusst. Dementsprechend versuchen manche politische Kräfte den öffentlichen Diskurs zu beeinflussen, zum Beispiel, indem Falschinformationen verbreitet werden, auch mit Hilfe von automatisierten Computerprogrammen („Bots“). Online-Information wird zunehmend „als Waffe benutzt“, meint Nyabola

(siehe Alphonse Shiundu, S. 21 in dieser Ausgabe).

Soziale Medien haben auch negative Seiten. Sie haben „neue Formen der Gewalt, vor allem gegen Frauen“ ermöglicht, beklagt die Autorin. Sie nennt sexuelle Belästigung oder die Veröffentlichung privater Informationen über eine Person („Doxing“) als Bei-

spiel. Darüber hinaus ist in Kenia fremdenfeindliche und antimuslimische Hetze im Netz häufiger geworden. Das typische Ziel sei die somalische Minderheit.

In Uganda ist der Einfluss des Internets auf die Politik noch nicht so groß wie in Kenia. Politische Parteien „mobilisieren die Menschen noch auf analogen Wegen“, sagt Michael Katagaye vom Evidence & Methods Lab, einer technologieorientierten zivilgesellschaftlichen Organisation.

Junge Ugander wollen aber über ihre Belange mitreden. Sie sind „nicht an traditionellen Parteien interessiert“, sondern sind online aktiv oder folgen politischen Persönlichkeiten auf Social Media, meint Katagaye.

Eine der einflussreichsten Persönlichkeiten und eine Stimme der Jugend ist Robert Kyagulanyi, besser bekannt als Bobi Wine, ein Musiker, Politiker und Abgeordneter. Er führt die „People Power“-Bewegung. Auf der Uganda Social Media Conference erklärte sein Sprecher Joel Ssenyonyi, dass es Bobi Wine und People Power verboten sei, persönlich Wahlkampf zu betreiben. Deswegen „platzieren wir Themen in den sozialen Medien“. Dieses virtuelle Forum ist äußerst relevant – das haben auch die Politiker bemerkt. Als Reaktion darauf führte die ugandische Regierung 2018 eine Social-Media-Steuer ein. Die Absicht war, die Reichweite von Aktivisten auf beliebten Plattformen zu reduzieren (siehe Edward Ronald Sekyewa auf Seite 23 dieser Ausgabe). Dennoch „mobilisieren sich junge Leute online und gehen dann auf die Straße“, sagt Ssenyonyi.

Online-Aktivismus ist jedoch für einen Großteil der Afrikaner unerreichbar. Viele Menschen sind zu arm, um sich einen Internetzugang leisten zu können, oder sie leben in ländlichen Gegenden, wo die Infrastruktur noch zu schlecht dafür ist. Die kenianische Autorin Nyabola drückt es so aus: „Wie können wir die vierte industrielle Revolution losstreten, wenn sich die Leute kein Handy-Guthaben leisten können?“

LINKS

Nyabola, N., 2018: *Digital democracy, analogue politics*. London, Zed Books.

<https://www.zedbooks.net/shop/book/digital-democracy-analogue-politics/>

Uganda Social Media Conference 2019:

<https://www.facebook.com/UgandaSocialMedia/>

<https://www.kas.de/web/uganda/uganda-social-media-konferenz>

AFROTOPIA

Eine Zukunftsvision für Afrika

Afrika muss sich von westlichen Maßstäben befreien und sich auf seine eigenen, vergessenen und verdrängten geistigen Ressourcen besinnen, fordert der senegalesische Ökonom Felwine Sarr. Nur so könne der Kontinent wieder den Platz in der Welt einnehmen, der ihm zustehe.

Von Dagmar Wolf

Vor rund 50 Jahren erlangten die letzten europäischen Kolonien in Afrika die Unabhängigkeit. Die weiße Minderheitsherrschaft in Südafrika endete in den 1990er Jahren. Dennoch scheinen zumindest einige der 54 Länder des Kontinents in einer Dauerkrise zu stecken. Das verfestigt uralte Stereotype von Afrika als einem finsternen Ort, der geprägt ist von Armut, Hunger und Kriegen.

Der Maßstab, mit dem Zustand und Perspektive Afrikas gemessen werden, sei das Entwicklungsmodell des Westens, schreibt Sarr in seinem kürzlich auf Deutsch erschienenen Buch „Afrotopia“. Entwicklung werde darin in erster Linie als wirtschaftliches Aufholen verstanden.

Nicht das Wohlergehen der Menschen stehe im Mittelpunkt, sondern das Bruttosozialprodukt oder die Weltmarktposition einer Nation. Um in dieser Welt anerkannt zu werden, scheine den Afrikanern nichts anderes übrigzubleiben, als sich in die Rolle der minderbemittelten Schüler des Westens zu fügen, schreibt Sarr, der unter anderem 2018 als Co-Autor des vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron in Auftrag gegebenen Berichts über die Rückgabe afrikanischer Raubkunst Aufmerksamkeit erregte (siehe hierzu auch Blogbeitrag von Hans Dembowski auf unserer E+Z/D+C-Website).

Sklaverei, Kolonialismus und die Ausbeutung von Rohstoffen hätten tiefe Spuren in Afrika und den Seelen der Menschen hinterlassen. Allein durch die direkten und indirekten Folgen des Sklavenhandels habe der Kontinent bis zu 224 Millionen Menschen verloren. Sarr zufolge wird es Jahrhunderte brauchen, um sich von dem Verlust an Arbeitskraft und Bodenschätzen zu erholen. In der westlichen Welt halte sich

zwar teilweise bis heute die Vorstellung, man habe Afrika „die Zivilisation“ gebracht, dabei gerate aber oft in Vergessenheit, wie groß der Anteil eben dieser westlichen Welt an Afrikas Krise sei, mahnt er.

Darüber hinaus sei das westliche Wirtschaftsmodell konträr zur afrikanischen Kultur und zur Tradition informellen Wirtschaftens, das mehr Familien in Afrika ernähre als formelle Arbeit. Westliche Messinstrumente erfassen diesen großen informellen Sektor nicht. Es gebe daher eine große Kluft zwischen dem, was internationale Indikatoren über den Kontinent aussagen, und dem, was die Menschen in der Realität erleben.

Zudem hätten die Industrienationen angesichts der Krise ihrer Demokratien, der wachsenden sozialen Ungerechtigkeit und des von ihnen verursachten Klimawandels in den vergangenen Jahren dramatisch an Autorität verloren. Das auf Wachstum ausgelegte westliche Wirtschaftssystem mit seiner rücksichtslosen Ausbeutung habe sich als ruinös erwiesen und sei keineswegs nachahmungswürdig.

Die Länder Afrikas hätten zwar nach und nach formell ihre politische Unabhängigkeit erstritten, doch seien afrikanische

Herrscher oftmals nur Marionetten des Westens und hätten koloniale Herrschaftsformen übernommen. Dies spiegele sich bis heute beispielsweise in den Strukturen des Verwaltungs-, aber auch des Bildungssystems, der Sprache und in der Elitenformung wieder.

Sarr geht es nach eigenen Aussagen nicht darum, die Vergangenheit zurückzuholen oder zu romantisieren. Vielmehr müsse Afrika unter den aktuellen Gegebenheiten seine eigene Praxis des Wirtschaftens und Lebens entwickeln, basierend auf der afrikanischen Kultur und auf Traditionen, die den Prinzipien der Nachhaltigkeit, des Gemeinwohls und der Achtsamkeit folgten – Prinzipien, die in unserer sich immer schneller drehenden Welt wieder mehr und mehr an Bedeutung gewinnen.

Die Zeit Afrikas werde kommen, schreibt Sarr, seiner Bodenschätze wegen und seiner jungen Bevölkerung wegen – Mitte dieses Jahrhunderts werden gut 2 Milliarden Menschen und damit mehr als ein Fünftel der Weltbevölkerung auf dem afrikanischen Kontinent leben. Wenn Afrika die Entfremdung von seiner eigenen Kultur hinter sich lasse, könne es wieder aufblühen und den Platz in der Welt einnehmen, der ihm als Wiege der Menschheit gebühre.

BUCH

Sarr, F., 2019: *Afrotopia*. Berlin, Matthes & Seitz (französische Originalausgabe erschienen 2016, Éditions Philippe Rey).



Westliche Messinstrumente erfassen den großen informellen Sektor in Afrika nicht: Wassermelonenanbau in Tansania.

Berichte von Folter

In Ghana werden jugendlichen Straftätern oft ihre Rechte verwehrt. Das Jugendstrafrecht schreibt vor, dass Minderjährige, die straffällig geworden sind, in Jugendstrafanstalten untergebracht werden müssen. Wo es keine solchen Einrichtungen gibt, müssen sie in die Obhut ihrer Eltern gegeben werden. Die Realität sieht jedoch anders aus: Junge Delinquenten sitzen in Gefängnissen für Erwachsene. Auch gibt es Berichte von Folter, um Geständnisse zu erzwingen.

Voriges Jahr wurde der 15-jährige Issah Yakubu in seinem Dorf im Nordosten Ghanas festgenommen und beschuldigt, ein Motorrad gestohlen zu haben. Er landete im Gefängnis. Erst fast ein Jahr später kehrte er auf Kaution nach Hause zurück. Yakubu erinnert sich an die qualvolle Erfahrung seiner Verhaftung: „Ich war mit meinen Freunden auf einer Musikveranstaltung. Plötzlich stürmten Leute rein, hielten mich fest und fragten mich, wo ihr Motorrad sei. Ich sagte ihnen, dass ich nichts davon wusste“, erzählt er.

„Sie zogen ein Messer und verprügelten mich. Dann brachten sie mich zur

Polizei.“ Im Vernehmungsraum der Polizeistation ging der Alptraum weiter: „Die Polizei verabreichte mir Elektroschocks, damit ich gestehe.“ Später wurde Yakubu zum Zentralgefängnis von Tamale gebracht, in dem sowohl Erwachsene als auch Minderjährige in Untersuchungshaft sitzen.

In Ghanas Jugendstrafrecht steht, dass der Staat „die Rechte von Jugendlichen schützen und eine angemessene und individuelle Reaktion für jugendliche Straftäter gewährleisten“ muss. Ein jugendlicher Straftäter wird definiert als „eine Person unter 18 Jahren, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten ist“. Innerhalb von 48 Stunden muss eine Freilassung auf Kaution ermöglicht werden, und die Verhandlung darf nicht später als sechs Monate nach der Verhaftung liegen. Aber Yakubu saß fast ein Jahr lang im Gefängnis, bis er auf Kaution freikommen konnte.

Laut einer Studie der Menschenrechtsorganisation Commonwealth Human Rights Initiative (CHRI) sind „vielen Polizeibeamten die herrschenden Gesetze und Vorschriften bezüglich straffälliger Kinder unbekannt, weshalb sie diese Gesetze verletzen“. So ist es zum Beispiel gesetzlich vorgeschrieben, dass ein Jugendlicher nicht in ein Gefängnis mit Erwachsenen kommt. Yakubu gibt jedoch an, dass er in einer Gefängniszelle mit erwachsenen Straftätern schlafen musste.

Es gibt viele Berichte über Folter seitens der Sicherheitskräfte, um von Verdächtigen Geständnisse zu erzwingen. Yakubu ist kein Einzelfall. „Als ich die Elektroschocks bekam, war ich total durcheinander“, erzählt er. „Der Staatsanwalt schrieb Dinge in die Akte, von denen ich gar nichts wusste.“ Yakubu beteuert nach wie vor, unschuldig zu sein.

LINK

Commonwealth Human Rights Initiative (CHRI):

<https://humanrightsinitiative.org/>



MAXWELL SUUK

ist Journalist und lebt im nördlichen Ghana.

suuk.max@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
60. Jg. 2019

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.

Internet: www.DandC.eu
D 12 104 ISSN 0721-2178

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
D-53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:

Thomas Loster, Prof. Dr. Dirk Messner, Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Hugh Williamson

VERLAG:

FAZIT Communication GmbH
Geschäftsführer: Peter Hintereder und Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Frankenallee 71-81
D-60327 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Sabine Balk, Katja Dombrowski, Monika Hellstern, Sheila Mysorekar, Dagmar Wolf (Assistentin)
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@dandc.eu
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens sind die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH (40%) und die Frankfurter Societät GmbH (60%).
Artdirector: Sebastian Schöpsdau
Layout: Jan Walter Hofmann
Übersetzung: Eleonore von Bothmer

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@intime-media-services.de

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurahsenstraße 4-6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+Z-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Webseiten gestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



GESCHLECHTSSPEZIFISCHE GEWALT

Frauen versus Patriarchat

Frauen in Uganda sind es leid, sexuelle Belästigung still zu erdulden, und wehren sich nun dagegen. Sie nutzen den internationalen Hashtag #MeToo, um Fälle von Belästigung öffentlich zu machen. Aber sie protestieren nicht nur online, sondern tragen ihren Protest auch auf die Straße.

Von Lindsey Kukunda

Im Mai 2019 veröffentlichte eine Gruppe männlicher Studenten eine Liste mit Namen von 230 Mädchen, die angeblich „leicht ins Bett zu kriegen“ seien. Auf der Liste standen auch ihre Telefonnummern und Universitäten. Es wurde jedoch nichts dagegen unternommen, weder von den Universitäten noch von der Polizei, obwohl es sich um einen klaren Fall von übler Nachrede und Veröffentlichung privater Daten handelte. Lediglich andere Frauen bemerkten, was geschehen war.

Wenn Frauen nicht selber dagegen vorgehen, wird nichts gegen sexuelle Belästigung und geschlechtsspezifische Gewalt getan. Zwischen Mai 2017 und Juni 2018 wurden mehr als 40 ugandische Frauen ermordet oder entführt. Feministinnen nutzten die sozialen Medien, um im Juni vorigen Jahres einen Frauen-Protestmarsch in Ugandas Hauptstadt Kampala zu organisieren. Buchstäblich in der letzten Minute erteilte die Polizei die Erlaubnis dafür.

Zum ersten Mal nahm ich an einer Demonstration teil, bei der die Sicherheitskräfte die Demonstranten schützten, anstatt sie mit Tränengas zu beschließen – wie sonst üblich in Uganda, sobald Menschen zusammenkommen, um öffentlich zu protestieren.

Für mich bedeutete diese Frauendemo #MeToo im Einsatz: Die vielen Stimmen im Online-Aktivismus kamen zusammen in einer Offline-Aktion. Dies war der Startschuss von öffentlichen Protesten gegen die grassierende Gewalt gegen Frauen. Nun erheben mehr und mehr ugandische Frauen ihre Stimme. Leider zeigt aber die negative Reaktion der Gesellschaft, wie systematisch sexueller Missbrauch weiterhin ist.

Natürlich zeigt man Mitleid, wenn Frauen getötet werden. Aber wenn wir die „Freiheit“ von Männern kritisieren, Frauen unter dem Deckmantel von Patriarchat oder Kultur zu belästigen und zu missbrauchen,



Frauendemonstration in Kampala in Uganda.

dann erwartet uns das „Tränengas“ des digitalen Zeitalters: Social-Media-Mobbing. Obendrein hören wir die sehr laute Stille der Gesetzeshüter. All dies zeigt, dass die ugandische Gesellschaft weiterhin frauenfeindlich eingestellt ist.

Laut Tina Musuya, Geschäftsführerin des Zentrums zur Vorbeugung häuslicher Gewalt (CEDOVIP), ist sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz „weit verbreitet“. Ein Bei-

spiel: Samantha Mwesigwa ist Staatsanwältin im Justizministerium. Sie litt zehn Jahre lang unter der sexuellen Belästigung durch ihren früheren Direktor Christopher Gashirabake, jetzt Vize-Generalstaatsanwalt. Mwesigwa sagt, sie habe „alle juristischen Mittel“ genutzt, um Recht zu bekommen, aber ohne Erfolg. „Das Justizministerium hat mich im Stich gelassen“, sagt sie. Daraufhin machte sie ihre Geschichte in den sozialen Medien öffentlich, und erst jetzt bekommen ihre Anschuldigung der sexuellen Belästigung und das Leugnen des Beschuldigten die nötige Aufmerksamkeit. Es ist zu hoffen, dass ihr Fall nun vor Gericht kommt.

Samantha Mwesigwa ist eine Staatsanwältin. Wie kann sich eine arme Frau ohne diesen politischen Einfluss wehren?

Auf der positiven Seite: Dies ist die #MeToo-Bewegung in Uganda heute. Mutige Frauen fordern Gerechtigkeit, ungeachtet der Konsequenzen, und andere Frauen zeigen ihre Unterstützung durch Hashtags und andere Formen von Online- und Offline-Aktivismus.

Reicht das? Nein, bei weitem nicht. Es dauert so lange, bis Frauen Recht bekommen – wenn überhaupt –, dass sie oft frustriert aufgeben. Die Unterstützung für Täter, die beispielsweise Rachepornos veröffentlichen, ist erschreckend hoch. Eine Frau, deren Nacktfotos ohne ihre Zustimmung veröffentlicht werden, wird unter Ugandas Anti-Pornografie-Gesetz für die Herstellung und Verbreitung von Pornografie belangt. Die Polizei macht sogar die gerichtliche Vorladung der Opfer öffentlich und zeigt der Gesellschaft damit, dass es akzeptabler ist, eine missbrauchte Frau noch weiter zu belästigen, als den Täter zur Rechenschaft zu ziehen.

Aber es scheint, dass sich das Blatt in Uganda langsam wendet. Frauenproteste können eine Zeitlang ignoriert werden. Aber sexuelle Gewalt weiterhin zu rechtfertigen – das ist unmöglich.



LINDSEY KUKUNDA
ist Autorin, Redakteurin und
Trainerin für digitale
Sicherheit sowie Leiterin der
zivilgesellschaftlichen

Organisation **Not Your Body**. Sie lebt in
Kampala in Uganda.

lindseykukunda@gmail.com

[@RizaLouise](#), [@NotyourbodyUg](#)

BÜRGERKRIEG

Fragiler Frieden

Ein Jahr nachdem Iván Duque Präsident wurde, steht Kolumbien wieder zwischen Krieg und Frieden. Die Zahl der ermordeten Aktivisten wächst.

Von Fabio Andrés Díaz Pabón

Duques Vorgänger Juan Manuel Santos schloss 2016 Frieden mit den linken FARC-EP-Milizen. Die verschiedenen Abkommen enthalten Vereinbarungen zu:

- Menschenrechten,
- Schutz für Aktivisten,
- Entwaffnung,
- Justiz und Versöhnung,
- Reformen im ländlichen Raum sowie Bekämpfung von Armut und Ungleichheit dort,
- politischer Teilhabe aller am jahrzehntelangen Bürgerkrieg beteiligten Konfliktparteien und

Eindämmung des Anbaus illegaler Drogen (insbesondere Koka).

Bisher wurde nur ein Viertel der Vereinbarungen umgesetzt, wie ein aktuelles Gutachten der US-Universität Notre Dame zeigt. Es besagt, der Friedensprozess sei ins Stocken geraten. Der Regierung Duque mangle es nicht nur an der Fähigkeit, die Vereinbarungen zu implementieren, sondern auch am politischen Willen.

Duque selbst hat im Wahlkampf gegen den Friedensprozess agitiert. Als rechtsgerichteter Politiker versteht er unter Entwicklung in erster Linie Industrialisierung. Die Friedensvereinbarungen setzen aber auf lokaler Ebene an und betonen die Interessen der Kleinbauern.

In abgelegenen, ländlichen Gebieten war der kolumbianische Staat noch nie wirklich präsent. Diesem Problem müsste sich jede neue Regierung stellen. Duques Politik hat staatliche Wirkungsmöglichkeiten dort aber weiter reduziert, indem sie den für Landfragen und ländliche Entwicklung zuständigen Behörden die Mittel kürzte. Duque finanziert lieber die Industrialisierung städtischer Regionen.

Laut Friedensabkommen sollen die Kleinbauern den illegalen Drogenanbau

freiwillig aufgeben. Duques Kabinett setzt aber eher auf Repression (siehe meinen Essay in der Tribüne des E+Z/D+C e-Papers 2019/03). Es blockiert zudem im Parlament nach Kräften die Entscheidungen zur Transitionsjustiz und der Wahrheitskommission. Die Regierung spricht zwar weiterhin gern von „Demobilisierung“ und „Reintegration“ der Rebellen, vermeidet aber Begriffe wie „Friedensabkommen“, „Gerechtigkeit“ oder „Aussöhnung“. So macht sie die FARC-EP,

getötet. Fast ein Drittel von ihnen waren indigen. Auf die eine oder andere Weise hatten sich alle für die Umsetzung der Friedensvereinbarungen eingesetzt und damit mächtige Interessengruppen herausgefordert.

Einige prominente FARC-EP-Mitglieder sind inzwischen untergetaucht. Manche sollten eigentlich in der Wahrheitskommission und anderen Institutionen der Transitionsjustiz mitwirken. Dass sie sich lieber verstecken, bestätigt die Weltsicht der rechten Gegner der Friedenspolitik. Insgesamt verdichtet sich derweil der Eindruck, dass niemand für Kriegsverbrechen zur Verantwortung gezogen wird.

Die anstehenden Kommunalwahlen sind enorm wichtig, denn sie werden die Regierung entweder stabilisieren oder schwä-



Im Juli 2019 gedenken in Bogotá Demonstranten der Toten.

den Partner des Friedensprozesse, rhetorisch zur unterlegenen kriminellen Bande.

Duques Position ist prekär. Er hängt ab von einer Koalition rechter Kräfte, die den Friedensprozess entweder nicht unterstützen oder sogar bekämpfen. Gleichzeitig ist er an Gesetze und Verträge gebunden, die sein Vorgänger Santos zustande brachte. Er kann das nicht einfach rückgängig machen, will aber seine Basis vor den wichtigen Kommunalwahlen im Oktober bedienen.

Der Frieden wird dadurch immer fragiler. Seit Duque im Amt ist, haben verschiedene bewaffnete Gruppen mindestens 229 Aktivisten und Menschenrechtsverteidiger

chen. Bewaffnete Gegner des Friedensabkommens wissen das und neigen nun zu noch mehr Gewalt. Andererseits werben zivilgesellschaftliche Organisationen für den Friedensprozess. Noch ist er nicht tot. Soll Kolumbien in Frieden leben, müssen die Vereinbarungen implementiert werden.



FABIO ANDRÉS DÍAZ PABÓN
ist wissenschaftlicher
Mitarbeiter an der Rhodes
University in Südafrika und
forscht am Internationalen

Institute of Social Studies in Den Haag.
diazpabon@iss.nl

DEMOKRATIE

Eine Frage des Eigeninteresses

Afghanistan wird im Oktober Wahlen unter ungünstigen Umständen abhalten. Die USA und die Taliban verhandeln über die Zukunft des Landes, wobei die amtierende Regierung nicht in die Gespräche einbezogen wurde. Die internationale Gemeinschaft sollte die junge Demokratie Afghanistans unterstützen.

Von Nawid Paigham

2001 wurde in Afghanistan die Hoffnung auf eine demokratische Zukunft geweckt, als die von den USA angeführten internationalen Truppen in Afghanistan intervenierten. Nach einem verheerenden Bürgerkrieg und einem grausamen religiösen Fundamentalismus war es vielversprechend, dass sich die etablierten Demokratien der Welt an die Seite Afghanistans stellten. Im Jahr 2004 konnten die Afghanen dann zum ersten Mal überhaupt ihren Präsidenten in freien Wahlen wählen. Der Preis für die demokratische Verfassung war hoch – sowohl finanziell als auch in Bezug auf Menschenleben.

Trotz der typischen Probleme, mit denen Nachkriegsländer zu kämpfen haben, hat Afghanistan erhebliche Fortschritte gemacht. Die Menschen wollen die Errungenschaften der vergangenen 18 Jahre nicht aufgeben.

Angesichts von Terroranschlägen, Korruption und organisierten Verbrechen ist es leicht, die afghanische Demokratie in Frage zu stellen. Man darf jedoch nicht vergessen, dass Demokratie nicht über Nacht erreicht wird. Sie ist immer das Ergebnis langer Kämpfe und vieler Opfer. Veränderung ist möglich, aber sie braucht Zeit. Es ist auch fraglich, inwieweit das westliche Modell auf ein gering entwickeltes Land übertragen werden kann.

Laut der Asia Foundation, die seit 2004 Meinungsumfragen in Afghanistan durchführt, ist der Zuspruch zur Demokratie stark. Das Vertrauen der Bevölkerung in Demokratie und Wahlen wächst, und die Zufriedenheit mit der Demokratie nimmt zu: von 57 Prozent im Jahr 2017 auf 61 Prozent 2018.

Der Übergang zur Demokratie ist nie einfach. Das war er weder in Deutschland,

Österreich und Italien nach dem Zweiten Weltkrieg noch im Zuge der Dekolonisation Afrikas noch im ehemaligen Ostblock nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. In vielen Fällen war internationale Unterstützung erforderlich. In dieser Hinsicht ist Afghanistan keine Ausnahme, sondern ganz normal.

Die achte Runde der sogenannten Friedensgespräche zwischen den USA und den Taliban endete kürzlich in der katarischen Hauptstadt Doha. Diese Verhandlungen haben in Afghanistan Angst und Wut ausgelöst. Sie fanden von Anfang an hinter verschlossenen Türen statt. Die gewählte afghanische Regierung war nicht beteiligt – ebenso wenig wie Vertreter der Zivilgesellschaft. Die Afghanen haben den Eindruck, dass die US-Regierung nur an einem schnellen Rückzug interessiert ist, während die Taliban ihr brutales Regime, das sie von 1996 bis 2001 führten, wieder errichten wollen. Die Menschen glauben nicht, dass ihre Interessen in den Gesprächen überhaupt berücksichtigt werden.

Einige afghanische Politiker unterstützen den Verhandlungsprozess. Einer von ihnen ist der ehemalige Präsident Hamid Karsai. Er denkt, dass die Doha-Gespräche wichtiger als die für Oktober geplanten Präsidentschaftswahlen sind. Karsais Zeit ist

aber abgelaufen, und er hat keine kohärente politische Agenda zu bieten. In seinen 14 Jahren im Amt hat er viel zu wenig getan, um Institutionen aufzubauen und zu stärken.

Im Gegensatz dazu legt der amtierende Präsident Ashraf Ghani großen Wert auf die Wahl. Er denkt, dass der Wahlgewinner ein starkes Mandat haben wird, um mit den Taliban zu verhandeln. Viele Beobachter glauben, dass Ghani gewinnen wird. Es gibt 17 weitere Kandidaten, aber er ist der bekannteste.

Die Taliban haben die Legitimität der gewählten Politiker Afghanistans nie anerkannt. Sie bestanden darauf, Ghani von den Friedensgesprächen fernzuhalten. Ob sich das nach der Wahl ändern wird, bleibt abzuwarten. Es ist aber nicht wahrscheinlich.

Die aufkeimende Demokratie Afghanistans ist daher in ernsthafter Gefahr. Viele Menschen befürchten, dass Amerika sie im Stich lässt. Dennoch hat die internationale Gemeinschaft eine moralische Verpflichtung, Afghanistan zu unterstützen. Sie sollte Afghanistan auch aus Eigeninteresse unterstützen. Schließlich haben die USA und ihre Verbündeten erst nach den Al-Kaida-Angriffen auf New York und Washington am 11. September 2001 interveniert. Der Grund dafür war, dass die Taliban Afghanistan zu einem Zentrum des islamistischen Terrorismus gemacht hatten.



NAWID PAIGHAM
ist ein wirtschaftspolitischer
Analyst.

npeigham@gmail.com



Präsident Ashraf Ghani möchte wiedergewählt werden: Wahlkampfplakat in Kabul.

Leserbriefe



KAUM BEKANNTES THEMA

E+Z/D+C e-Paper 2019/06, Schwerpunkt Psychische Gesundheit

Ich habe mich sehr gefreut, dass Sie das Thema seelische Gesundheit im globalen Kontext als Schwerpunkt der Juniausgabe gewählt haben – ein bei uns kaum bekanntes Thema, das dringend nach mehr Aufmerksamkeit verlangt. Dies ist auch mein

Anliegen. Ich habe drei Jahre lang an dem Dokumentarfilm „La Maladie du Démon – Die Krankheit der Dämonen“ über psychische Gesundheit in Burkina Faso gearbeitet. Auch dort gelten psychische und epileptische Erkrankungen traditionell als Besessenheit durch Geister und Dämonen, und es gibt kein staatliches System, das diese Menschen auffängt. Einen unschuldigen Menschen aufgrund seiner Erkrankung an einen Baum gekettet zu sehen – das ist ein absurdes Szenario. Noch absurder finde ich aber, dass dies in unserer heutigen Welt existiert. Für mich ist mein Film ein Weg, auf diese Situation aufmerksam zu machen. Der Film hatte seine Weltpremiere in Abidjan in der Elfenbeinküste auf einem Menschenrechtsfilmfestival in Kooperation mit Amnesty International

und dem Goethe-Institut. In Burkina Faso haben wir eine Filmtour mit einem mobilen Kino-Set-up und den Protagonisten gemacht, welche den Film mittlerweile selbst zu Aufklärungsveranstaltungen einsetzen. Auch in der Elfenbeinküste arbeitet ein Psychiater mit dem Film. Ansonsten war er bisher nur auf Filmfestivals und im Fortbildungsrahmen, unter anderem auf dem Kongress der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde in Berlin, zu sehen. Ab Oktober kommt der Film in Deutschland in ausgewählte Kinos, alle Filmveranstaltungen werden mit anschließendem Filmgespräch stattfinden.

Lilith Kugler, Konstanz, Filmemacherin
Film: www.la-maladie-du-demon.com



PRÄZISE UND GUT

E+Z/D+C e-Paper 2019/07, Sabine Balk: Die Rollen verändern
 Ich bin Journalist aus Ghana und finde Ihre Arbeit gut. Es ist richtig, was Sie über strategische Vergewaltigungen im Krieg schreiben. Der Text ist sehr präzise und gibt denen eine Stimme, die wir alle in Konflikten bisher ignoriert haben. In unserem Teil der Welt suchen die Gesellschaften keine Gerechtigkeit für solche Opfer. Viele schweigen, aus Angst, an den Rand gedrängt zu werden. Machen Sie weiter so mit Ihrer Arbeit.

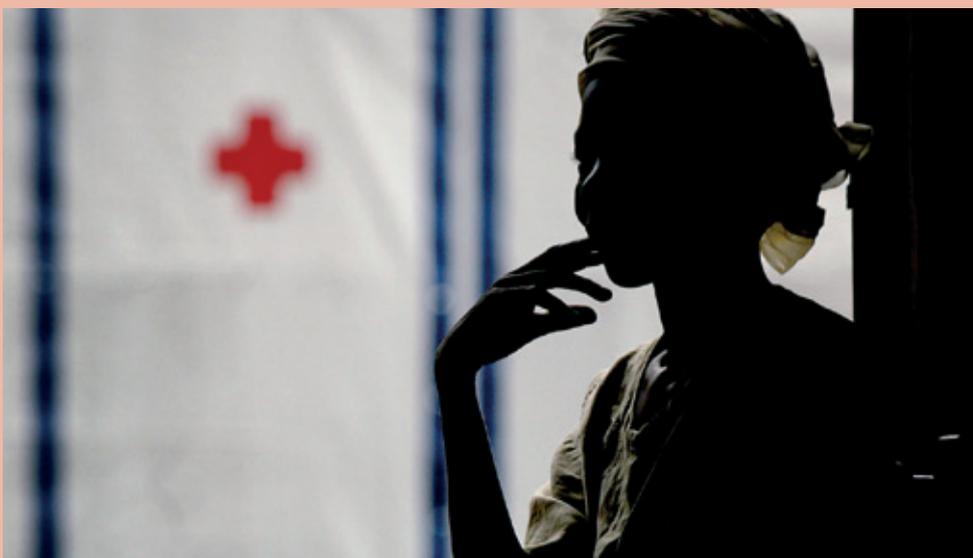
Edem Gyamesi, Ghana

MIGRATIONSVERHINDERUNGSHILFE

E+Z/D+C e-Paper 2019/07, Stephan Klingebiel: Das Ende der Gewissheiten

Interessant: Es scheint, dass die Entwicklungshilfe von reichen für arme Länder sich zu Migrationsverhinderungshilfe entwickelt!

Dr. Saleemul Huq, International Centre for Climate Change and Development, Dhaka



Opfer von Vergewaltigung im liberianischen Bürgerkrieg.



IRC-Mitarbeiter eines Ebola-Behandlungszentrums im Osten der DRK.

EBOLA

Am Wendepunkt

Die Ebola-Krise in der Demokratischen Republik Kongo (DRK) hält an. Im Juli gab es den ersten Fall in der Millionenstadt Goma. Zu vorsichtiger Hoffnung in einer sehr schwierigen Situation gibt der gut koordinierte humanitäre Einsatz dort Anlass. Der Blick der internationalen Gemeinschaft auf die Krise hat sich verändert. Dass es nötig ist, über medizinische Fragen hinauszuschauen, mahnt unser Autor, der Einsatzleiter des International Rescue Committee (IRC).

Von Tariq Riebl

Als ein erkrankter Priester aus Südkivu am 14. Juli in Goma ankam, erreichte die anhaltende Ebola-Krise in der DRK einen Wendepunkt. Ebola plagt den östlichen Teil des

Landes seit fast einem Jahr. Mehr als 2700 Fälle wurden gemeldet, bis Mitte August gab es mehr als 1800 Tote. In einer Stadt der Größe Gomas trat die Krankheit aber lange nicht auf.

Ich selbst habe von dem Fall zuerst durch informelle Kontakte erfahren. Dann bestätigten das Gesundheitsministerium und die UNO die Information. Schockiert hat sie mich und andere Einsatzkräfte nicht. Wir hatten alle damit gerechnet – und zwar schon früher, als es dann tatsächlich eintrat.

Tatsächlich gab es positive Aspekte. Die Pflegekräfte im Gesundheitszentrum, zu dem der Priester ging, leisteten gute Arbeit. Sie stellten sofort die richtige Diagnose und isolierten ihn. Dass der Patient direkt dorthin ging, als er in der Stadt ankam, war

ebenfalls positiv. Wie andere nichtstaatliche Akteure schult das IRC Gesundheitspersonal und die breite Öffentlichkeit für solche Situationen. Das Team im Gesundheitszentrum war bereit.

Leider gab es bald darauf den zweiten Ebola-Fall in Goma – diesmal mit Infektionen in der Stadt. Ein Vater von zehn Kindern kam von einem Arbeitseinsatz in der Provinz Ituri zurück und zeigte am 22. Juli erste Ebola-Anzeichen. In ein Ebola-Behandlungszentrum kam er aber erst acht Tage später. Der Aufschub zeigt, dass rund um Goma die Aufklärungsarbeit intensiviert werden muss. Inzwischen wurde bestätigt, dass die Frau und eine Tochter des Mannes sich angesteckt haben. Diese ersten Übertragungen innerhalb einer Großstadt bereiten uns Sorge.

Wir sehen, dass Menschen weiterhin an Orte reisen, wo Ebola droht. Leider bleiben viele, selbst wenn sie krank werden, den Behandlungszentren fern. Laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) sterben beunruhigend viele Patienten ohne kompe-



tente medizinische Betreuung und ohne die nötige Quarantäne.

Das liegt unter anderem an dem weitverbreiteten Misstrauen, das für Bürgerkriegsgebiete typisch ist. Der Ebola-Ausbruch in der DRK ist eine gesundheitliche Notlage, die sich im Kontext einer der komplexesten und hartnäckigsten humanitären Krisen weltweit abspielt. Das Land ist vom Krieg gebeutelt, seit 1994 wurden 5 Millionen Menschen getötet, und vermutlich haben 4 Millionen die DRK verlassen. Mehr als 13 Millionen Menschen benötigen humanitäre Hilfe – aber nicht alle bekommen sie.

Wegen des ersten Ebola-Falls in Goma wuchs das Medieninteresse. Wichtiger war aber die Reaktion der WHO. Sie erklärte am 17. Juli die Ebola-Krise in der DRK zu einer „gesundheitlichen Notlage von internationaler Tragweite“ (public health emergency of international concern – PHEIC).

STRATEGIEWECHSEL

PHEICs sind selten und werden nur angesichts prekärer Umstände ausgerufen. Tatsächlich geht es um den zweitgrößten Ebola-Ausbruch aller Zeiten, nur übertroffen von der westafrikanischen Epidemie 2014. Bislang gibt es kein Anzeichen der Besserung. Seit einer Weile forderten Fachleute den Strategiewechsel, der nun erfolgt.

Der Virus droht sich mit gravierenden sozialen Folgen über die Grenzen der DRK hinaus auszubreiten. Das Risiko für Nachbarstaaten ist hoch. Viele Menschen im Kongo pflegen verwandtschaftliche und wirtschaftliche Kontakte in ihnen. Tausende pendeln täglich zwischen Goma und Ruanda, dessen Behörden die Grenzkontrollen verschärft haben. Auch Uganda, Südsudan und Burundi sind akut gefährdet. In Uganda wurden bereits Fälle gemeldet, konnten

aber eingedämmt werden. Wie in Goma war diese Entwicklung erwartbar und hätte schon früher eintreten können.

Der PHEIC-Alarm bestätigte, was wir Einsatzkräfte vor Ort längst wussten: Die Situation ist seit geraumer Zeit äußerst beunruhigend. Dennoch ist er wichtig, weil sowohl Medien als auch Geber ihn wahrnehmen. Es wurde schon viel Geld bereitgestellt, aber niemand rechnete damit, dass der Ausbruch so lange andauern würde. Weitere Mittel sind nötig, um den Kampf gegen Ebola fortzusetzen und zu gewinnen.

Wichtig ist zudem, dass die UNO im Juni David Gressly zum Koordinator für ihre Ebola-Bekämpfungsaktivitäten berufen hat. Sie hatte auch im Mai 2019 schon einen L3-Notstand ausgerufen. „Level 3“ ist die höchste Krisenkategorie. Derzeit gibt es weltweit nur vier weitere so hoch eingestufte Krisen: Syrien, Jemen und die Zyklone in Mosambik und Simbabwe. Jedenfalls ist der strategische Neubeginn bei WHO und UNO jetzt in vollem Gange.

Gressly ist der Hauptansprechpartner für alle internationalen Organisationen, die sich am Ebola-Einsatz beteiligen. Die Koordination läuft jetzt besser. Wie andere Institutionen hatte auch IRC betont, dass wir eine ganzheitliche humanitäre Sicht auf die Krise brauchen.

Die Teilhabe der örtlichen Bevölkerung ist besonders wichtig. Aufgrund jahrzehntelang andauernder Kriege und Konflikte herrscht im Osten der DRK ein starkes Misstrauen sowohl gegenüber Behörden als auch gegenüber Bevölkerungsgruppen, denen die Menschen nicht selbst angehören – insbesondere Ausländern. Wir müssen bedenken, wie örtliche Gemeinschaften den Einsatz sehen. Sie halten ihn für politisch motiviert, und diesen Verdacht hat die Absetzung der Wahlen im Ebola-Gebiet nur verstärkt. Dass Armee und Polizei staatliche Akteure und UNO-Personal schützen, nährt ihn weiter. Aus Sicht des IRC und anderer unabhängiger Organisationen muss das anders werden, und seit Gressly im Amt ist, sehen wir Wandel.

Wahr ist aber auch, dass seit einem Jahr trotz des massenhaften Einsatzes internationaler Helfer dieser Ebola-Ausbruch nicht eingedämmt wurde. Um diese Krise zu bewältigen, brauchen wir die Kooperationsbereitschaft und das Vertrauen der örtlichen Gemeinschaften. Beides können wir nur erreichen, wenn wir auf ihre Bedenken eingehen.

Grundsätzlich sind Maßnahmen zur Bekämpfung von hochansteckenden Krankheiten wie Ebola sehr hierarchisch und streng strukturiert. Leider behagt das vielen Menschen nicht, und sie lehnen manche Regeln auch ab. Gutes Community-Management erfordert, dass wir uns flexibel und pragmatisch auf die gegebenen Umstände einstellen.

Deshalb kehrt IRC nun behutsam von großangelegten Triage-Strukturen ab. Triage bedeutet, dass Patienten nach Dringlichkeit sortiert werden, damit diejenigen, denen sofortige Behandlung das Leben retten kann, sofort behandelt werden. Bei Ebola-Ausbrüchen werden Patienten in Gesundheitszentren untersucht und alle, bei denen Verdacht der Ansteckung besteht, kommen sofort in Quarantäne. Das macht vielen Menschen Angst. IRC arbeitet deshalb jetzt mit informelleren Empfangsräumen, weil sie weniger Furcht erregen als großangelegte Triage-Räume.

Außerdem erweitern wir unseren Fokus über Ebola hinaus. Dass wir ein Jahr nach dem Beginn des Ausbruchs nur über Ebola sprechen, macht Angst. Wir wollen deshalb von 2020 an unsere Behandlungszentren zu umfassenderen Gesundheitszentren ausbauen. Es geht um grundlegende Versorgung, nicht nur um Ebola.

Wenn Ebola sich trotz humanitären Einsatzes über Monate hinaus immer weiter verbreitet, ist das nicht nur ein medizinisches Problem. Es hat viel mit der Haltung der örtlichen Gemeinschaften zu tun. Die innovativen Wirkstoffe und Heilmittel, die wir haben, wirken – aber sie nutzen nicht viel, wenn die Menschen sie nicht annehmen. Wir müssen das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen – und dann bekommen wir die Krise auch in den Griff.



TARIQ RIEBL
ist Einsatzleiter des IRC
(International Rescue
Committee). Er hat jahrelange
Erfahrung in der Leitung

großangelegter humanitärer Einsätze, zum Beispiel im Jemen, in Liberia, Äthiopien, Tschad, im Südsudan oder auf den Philippinen. Das IRC ist eine zivilgesellschaftliche Organisation und hat seit einiger Zeit ein Berliner Büro.

IRCDeutschland@rescue.org
<https://www.IRCDeutschland.de/>

REGIONALE INTEGRATION

Entwicklungspotenziale in den hintersten Winkeln

Grenzregionen haben eine große Bedeutung für den Handel zwischen Ländern und für die regionale Integration. Der Aufbau grenzüberschreitender Infrastruktur ist die Voraussetzung dafür, dass neue wirtschaftliche Korridore entstehen können. Ein Beispiel ist die Grenze zwischen Myanmar und Thailand.

Von Felix Haas

Grenzregionen stellen – vor allem in vielen Entwicklungsländern – wirtschaftlich höchst dynamische Räume dar: Sie sind am stärksten von Handel und Migration geprägt. Ihre Entwicklung hängt maßgeblich davon ab, wie liberal oder restriktiv der Austausch zwischen den angrenzenden Ländern ist. Bestenfalls können sich die hintersten Winkel eines Landes in Knotenpunkte für Wirtschaft, Kultur und politische Systeme verwandeln.

Grenzhandel bietet Einkommensmöglichkeiten für familiengeführte Klein- und Kleinstbetriebe. In Myanmar finden beispielsweise nach Daten des Wirtschaftsministeriums knapp 44 Prozent der Exporte und 17 Prozent der Importe auf dem Landweg statt (im Zeitraum 1. Oktober 2018 bis

19. Juli 2019). Landwirtschaftliche Produkte wie Wassermelonen, Reis und Hülsenfrüchte, die zu großem Teil von Kleinbauern stammen, werden vorwiegend auf dem Landweg exportiert, vor allem nach China und Thailand. In den Grenzstädten, zum Beispiel Myawaddy in Myanmar und Mae Sot in Thailand, herrscht reger wirtschaftlicher Austausch.

Während in Thailand viele Waren per Lkw abgeholt werden, nehmen in Myanmar zumeist Kleinsthändler die Importprodukte entgegen. Es gibt beidseits der Grenze zahlreiche lokale Beschäftigungsmöglichkeiten für Handels-, Transport- und Logistikunternehmen, aber auch selbstständige Träger und Zwischenhändler.

Im informellen Grenzhandel arbeiten mehr Frauen als Männer, wie eine Studie der UN Conference on Trade and Development (UNCTAD, 2019) in Bezug auf Malawi, Tansania und Sambia aufzeigte. Es wäre allerdings von Vorteil für die Frauen selbst und für den Handelssektor – und damit die Wirtschaft allgemein –, wenn sie in den formellen Sektor integriert würden.

Jenseits von Grenzen gibt es oft Teilmärkte mit stark unterschiedlichen Be-

dingungen, was – neben anderen Push- und Pull-Faktoren – für Arbeitsmigration sorgt. So sind allein 400 000 Wanderarbeiter aus Myanmar in der kleinen thailändischen Grenzstadt Mae Sot tätig. In Thailand gibt es einen Mindestlohn, der für Arbeiter aus dem armen Nachbarland sehr attraktiv ist.

INFRASTRUKTUR FÜR NEUE WIRTSCHAFTSKORRIDORE

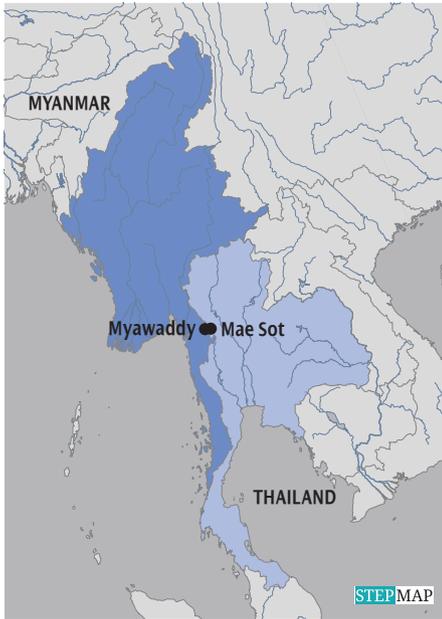
Benachbarte Grenzgebiete – wie Mae Sot/Myawaddy – sollten als ein verbundenes System betrachtet werden. Der Verband Südostasiatischer Nationen (Association of Southeast Asian Nations – ASEAN) könnte mit diesem Ansatz ein neues Modell regionaler Integration finden. Eine wichtige Triebkraft ist die Errichtung transnationaler Infrastrukturkorridore. Sowohl Chinas Belt-and-Road-Initiative, die „neue Seidenstraße“ (siehe Interview mit Doris Fischer im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Paper 2019/07) als auch das von der Asian Development Bank unterstützte Programm zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit der sechs Länder der Greater Mekong Subregion basieren auf neuen Infrastrukturverbindungen entlang wirtschaftlicher Korridore. Dass sich derzeit in Asien viel tut, zeigt auch die Datenbank des Projekts Reconnecting Asia des Washingtoner Thinktanks Center for Strategic and International Studies (CSIS): Sie führt in Eurasien knapp 14 000 Infrastrukturprojekte auf – von Häfen und Eisenbahnstrecken bis hin zu Kraftwerken.

Doch folgt der transnationalen Infrastruktur automatisch wirtschaftliche und später auch politische Integration? Wie können die Verwaltungen benachbarter Grenzgebiete effektiv zusammenarbeiten, um Herausforderungen und Potenziale gemeinsam anzugehen beziehungsweise zu nutzen? Ein Blick auf die Geschichte europäischer Integration hilft bei der Beantwortung dieser Fragen.

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs mussten in einem gespaltenen Westeuropa Wege für den Wiederaufbau gefunden werden. Ein Vorschlag des französischen Außenministers Robert Schuman führte 1952 zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), dem frühesten Vorläufer der Europäischen Union, zwischen Deutschland, Frankreich, Italien und den Benelux-Staaten. Die Gründung der EGKS basierte auf wirtschaftlichen Er-



Markt mit Lebensmitteln aus Myanmar in der thailändischen Grenzstadt Mae Sot.



wägungen: Für die Stahlproduktion wurden sowohl deutsche Steinkohle als auch französisches Eisenerz benötigt. Das Montandrei-

eck Saar-Lor-Lux an der deutsch-französisch-luxemburgischen Grenze wurde somit zur ersten transnationalen Kooperationsregion in Europa.

Im Zuge der Etablierung eines gemeinsamen Binnenmarktes in Europa hat die EU 1990 mit Interreg ein entscheidendes Instrument für die Förderung interregionaler Zusammenarbeit an den Binnengrenzen geschaffen. Es wurden neue grenzüberschreitende Regionen, sogenannte Euroregionen, definiert und dort Kooperationsbüros eingerichtet und Fördermittel für grenzüberschreitende Aktivitäten bereitgestellt. Erfahrungen etwa aus der deutsch-dänischen Euroregion Fehmarnbelt zeigen, dass Kooperationen nicht zufällig und nicht ohne Fördermittel entstehen. Gemeinsame Projekte sollten nicht nur in klassischen wirtschaftlichen Bereichen der Handelsförderung, sondern ebenso in anderen Feldern wie Kultur, Bildung, Sport et cetera entstehen.

Erfahrungen und Instrumente der europäischen Integration könnten den

ASEAN-Staaten dabei helfen, eine gemeinsame Vision für eine grenzüberschreitende Region zu entwickeln.

Infrastruktur macht den Anfang: Mitte März wurde eine neue „Freundschaftsbrücke“ zwischen Mae Sot und Myawaddy eröffnet, die den myanmarisch-thailändischen Güterhandel stark erleichtern wird.

LINKS

UNCTAD, 2019: Borderline. Women in informal cross-border trade in Malawi, the United Republic of Tanzania and Zambia.

<https://unctad.org/en/pages/PublicationWebflyer.aspx?publicationid=2348>

Center for Strategic and International Studies: Reconnecting Asia.

<https://reconnectingasia.csis.org/>



FELIX HAAS
arbeitet als Berater in Myanmar und Südostasien vor allem zur Privatsektorentwicklung.

felix.haas.mm@gmail.com



Folgen Sie uns auf **Twitter!**

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.





Überwachungskameras
in Peking.

Digitale Zukunft

Informationstechnologie bietet in vielen verschiedenen Anwendungsmöglichkeiten immense Geschäftschancen. Sie kann auch öffentliche Institutionen transparenter machen. Allerdings haben sich viele Entwicklungsvisionen, die mit Digitalisierung verbunden sind, in den vergangenen Jahren verdüstert. Technologie an sich ist nun mal nicht unbedingt ein Segen. Mächtige Interessengruppen können sie nutzen, um ihren Einfluss

aus- oder gar Monopole aufzubauen – und zwar nicht nur auf legitime Weise.



Dieser Schwerpunkt beschäftigt sich mit dem neunten und dem 16. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): Industrie, Innovation und Infrastruktur sowie Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen. Er hat auch Bezüge zu weiteren SDGs.

Die schwierige letzte Meile

Copia betreibt in Kenia auf innovative Weise Versandhandel. Die E-Commerce-Firma liefert eine breite Palette an langlebigen Gütern an Kunden im ländlichen Raum und in informellen städtischen Siedlungen. Dazu gehören Reis und Mais ebenso wie Elektrogeräte, Sonnenkollektoren, landwirtschaftliche Geräte und sogar Motorräder. Sophia Waweru vom Vertriebsmanagement erläutert das Geschäftsmodell.

Sophia Waweru im Interview mit Hans Dembowski

In welcher Hinsicht erleichtert Copia das Leben in benachteiligten Dörfern?

Copia macht das Leben bequemer, weil wir Qualitätswaren, die unsere Kunden wollen, zu erschwinglichen Preisen liefern. Wir ersparen Käufern im ländlichen Raum die Kosten und den Aufwand der Reise zum nächsten kleinstädtischen Markt. Der kann 20 oder 30 Kilometer weit weg sein, aber selbst wenn sie dort hinfahren, haben sie keine Garantie, dass sie finden werden, was sie sich wünschen.

Für welche Güter gibt es die stärkste Nachfrage?

Unsere Kunden brauchen Haushaltswaren. Dazu gehören Lebensmittel, Kosmetika, Babyprodukte und so weiter. Sie kaufen aber auch Elektrogeräte, Baumaterialien und viele andere Dinge. Wir verkaufen sehr viel Reis und Mais, aber in der Regel auch ein Motorrad pro Monat.

Woher beziehen Sie die Güter?

Wir kaufen sie von Herstellern, über Vertriebssysteme und auf Großmärkten. Wir haben auch begonnen, solche Industrieprodukte, die nicht in Kenia hergestellt werden, direkt zu importieren. Unsere Lebensmittel kommen größtenteils aus Kenia.

Online-Händler haben meist keine Agenten mit Läden in der Nähe der Kunden. Warum brauchen Sie das?

Ein Grundproblem des Vertriebs an Kunden in abgelegenen Orten ist, dass viele Kenianer gar keine offizielle Postadresse haben.

Zudem haben zwar mittlerweile 44 Prozent Smartphones, aber ihr Internetzugang ist oft unzureichend, und Datenübermittlung ist teuer. Dank unseres Agenten-Netzwerks kommen wir damit zurecht.

Wer sind die Agenten, und was tun sie?

Es sind Kleinstunternehmer, die beispielsweise einen Friseursalon oder einen Gemüseladen betreiben. Wir bauen das Netzwerk so auf, dass unsere Kunden nicht mehr als 30 Minuten oder so laufen müssen, um einen von ihnen zu erreichen. Aktuell bedienen wir mit mehr als 4500 Agenten rund 35000 Kunden, die bei den Agenten bestellen und dann zwei bis vier Tage später dort

ihre Einkäufe abholen können. Die Agenten haben Internetverbindung und Smartphones. Sie haben aber auch Papierkataloge mit unserem Warenangebot. Wir wissen, wo die Agenten sind, stehen mit ihnen in Telefonkontakt und nutzen computergestützte Systeme, um zuverlässig zu liefern. Die Agenten profitieren von der Zusammenarbeit, denn ihr Umsatz steigt im Schnitt um etwa 40 Prozent. Wir sind stolz auf ihren Geschäftserfolg und schätzen, dass wir allein auf diese Weise bis Mitte 2019 insgesamt mit einem Gegenwert von rund 6 Millionen Dollar zum Wohlergehen der örtlichen Gemeinschaft beigetragen haben.

Wie viele Verbraucher haben Sie vor zwei Jahren erreicht, und wie viele sind es heute?

Vor zwei Jahren waren es etwa 21000, jetzt sind es 35000. Wir haben vor, innerhalb der nächsten beiden Jahre 100000 Menschen in Kenia und Ostafrika zu erreichen. Unser



Eine Copia-Agentin in ihrem Friseursalon.



Das Fulfilment Centre in Tatu City.

monatlicher Umsatz beträgt derzeit etwa 1 Million bis 1,2 Millionen Dollar.

Arbeiten Sie in ganz Kenia?

Nein, bisher arbeiten wir in Zentralkenia, wo wir im Lauf der Zeit ein erfolgreiches Geschäftsmodell samt Liefersystem geschaffen haben, sodass wir Kundenwünsche befriedigen können. Wir haben kürzlich ein neues Warendepot in Embo eingerichtet, um weiter in Richtung Norden und Osten zu expandieren. Wir werden unsere Geschäftstätigkeit auch bald nach Westen ausweiten und wollen dann auch in Uganda auf der anderen Seite der Grenze Käufer erreichen. Wir haben außerdem begonnen, unser Agentennetz in dichtbesiedelte, informelle Stadtgebiete auszuweiten. Dort haben die Leute ähnliche Probleme wie im ländlichen Raum. Sie haben keine Zeit, um lange einkaufen zu gehen, und müssten ziemliche Mühen auf sich nehmen, um Geschäfte zu erreichen, die all das führen, was sie brauchen.

Auf welche Art von öffentlicher Infrastruktur stützt sich Copia?

Unser Geschäftsmodell beruht darauf, dass die Menschen Mobiltelefone haben und damit auch bezahlen können. Das ist in Kenia und unseren Nachbarländern heute normal.

Mobiler Zahlungsverkehr bietet den großen Vorteil der Sicherheit. Zwischen Käufern und Agenten wechselt kein Bargeld die Hände. Außerdem brauchen wir Straßen, wobei ländliche Verkehrswege besonders wichtig sind.

Welche Art von firmeneigener Infrastruktur haben Sie geschaffen?

Wir haben in der Nähe von Nairobi in Tatu City, Ruiru, ein Vertriebszentrum von Welt-niveau. Dieses Fulfilment Centre ist ein großes, computerisiertes Lagerhaus, von dem aus wir auf Bestellungen schnell reagieren können. Wir haben bereits mehr als 2,5 Millionen Bestellungen von dort bedient. Unsere Flotte von etwa 50 angemieteten Lastwagen macht täglich Lieferfahrten. Wir haben derzeit 405 feste und freie Mitarbeiter.

Welche Bedeutung haben Mikrofinanzinstitutionen für Sie? Vergeben Kenias Savings and Credit Cooperatives (SACCOs) Darlehen für Verbrauchsgüter – Fernseher etwa – nach den gleichen Kriterien wie für Investitionsgüter, wie beispielsweise Gartengeräte?

Die SACCOs steigern den Lebensstandard ihrer Mitglieder, weil diese mit den Krediten teure Anschaffungen machen könnten, die sonst unbezahlbar wären: Kühlschränke, Häcksler oder Waschmaschinen

zum Beispiel. Das muss in monatlichen Raten abbezahlt werden, wobei die Höhe der Kredite von der Summe der Ersparnisse abhängt und nicht vom Verwendungszweck.

Wie gehen Sie mit Datenschutz um?

Wir respektieren das Recht unserer Kunden auf Privatsphäre und Datenschutz. Unsere Software für Enterprise Resource Planning (ERP) kommt aus Europa und erfüllt alle EU-Normen, einschließlich der Datenschutzrichtlinie.



SOPHIA WAWERU arbeitet im Vertriebsmanagement von Copia. Das Interview wurde per E-Mail geführt. Der erste Kontakt mit

Hans Dembowski entstand, als er als Mitglied einer Journalistengruppe auf Einladung des deutschen Entwicklungsfinanzierers DEG Unternehmen in Kenia besuchte. Die DEG hat Copia ein Darlehen gewährt, weil sie den Beitrag des Versandhändlers zur Verbesserung des Lebensstandards benachteiligter Bevölkerungsgruppen sowie zum Wachstum von Kleinunternehmen für wertvoll hält. Die DEG gehört zur KfW Bankengruppe.
sophia@copiakenya.com
<https://copia.co.ke/>

Faktenprüfung in Afrika

Facebook und Google kooperieren neuerdings mit Faktenprüfungs-Agenturen, um die negativen Auswirkungen von Falschinformationen auf ihren afrikanischen Plattformen zu mindern. Es muss aber weit mehr getan werden.

Von Alphonse Shiundu

In Afrika werden viele Falschinformationen im Internet verbreitet. Bisweilen ungewollt, oft bewusst. Die Verursacher verfolgen unter anderem finanzielle, ideologische und politische Interessen – mit ganz realen Folgen (siehe Kasten nächste Seite) wie finanziellen Verlusten, Rufmord oder sozialen Unruhen. Durch Falschinformationen geschürter religiöser oder ethnischer Hass kann sogar tödlich enden.

Der politische Aspekt von Fake News findet relativ viel Beachtung. Denn in Demokratien sollte der öffentliche Diskurs dem Gemeinwohl dienen – Desinformation und Propaganda untergraben aber gute Staatsführung.

In den größten Volkswirtschaften südlich der Sahara, in Südafrika und Nigeria, wurde dieses Jahr gewählt. Ehe die Wähler zu den Wahllokalen gingen, schloss sich der Social-Media-Riese Facebook, dem auch WhatsApp gehört, mit mehreren Faktenprüfungs-Agenturen zusammen, um Unwahrheiten und Fake News aufzudecken. Facebook versprach außerdem, in Zusammenarbeit mit Journalisten und zivilgesellschaftlichen Organisationen digitale Kompetenz zu fördern. Die Plattform war massiv kritisiert worden, weil sie es in verschiedenen Ländern vor den Wahlen nicht geschafft hatte, die Verbreitung von Fake News zu verhindern. Das galt vor allem für die USA 2016.

Inzwischen macht Facebook in drei weiteren Ländern Afrikas Faktenprüfung: Kenia, Senegal und Kamerun. Einer von Facebooks Partnern dabei ist Africa Check, die erste unabhängige Prüfagentur des Kontinents mit Büros in Südafrika, Kenia, Nigeria und Senegal (siehe meinen Beitrag im Schwerpunkt im E+Z/D+C e-Paper 2018/05). Weitere Partner sind die französische Nachrichtenagentur AFP (Agence France-Presse)

sowie die Firmen Dubawa aus Nigeria und PesaCheck aus Kenia.

Es habe sich bereits einiges getan, versichern Facebook-Manager. „Die unabhängigen Prüfer helfen uns, zu beurteilen, ob auf Facebook geteilte Inhalte stimmen. Erachten sie Inhalte für falsch, drosseln wir deren Verbreitung in Nachrichten-Feeds“, erklärt Akua Gyekye, der für politische Kommunikation bei Facebook zuständig ist. „Wir zeigen auch verwandte Artikel von Faktenprüfern, um mehr Hintergrund zu bieten, und benachrichtigen die Nutzer, wenn vermutet wird, dass das, was sie geteilt haben, nicht stimmt.“

Generell stellt sich Facebook damit seiner Pflicht, seine Plattformen in Ordnung zu halten. Und wie Gyekye betont, tue Facebook weit mehr, um:

- falsche Profile zu entfernen,
- die finanziellen Anreize, Fake News zu verbreiten, zu verringern,
- Nachrichtenkompetenz zu fördern und
- mehr Hintergrund zu liefern, damit die Nutzer selbst entscheiden können, was sie lesen, glauben und teilen wollen.

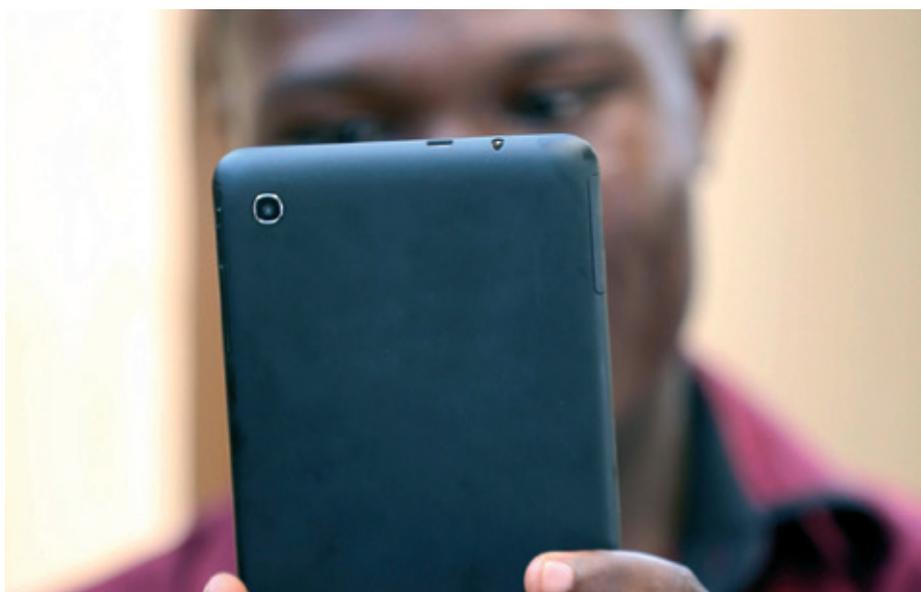
Doch die Herausforderungen sind enorm. Afrika hat 55 souveräne Nationen,

geschätzte 400 Millionen Afrikaner haben aktuell Zugang zum Internet. In nur etwa zehn Prozent der Länder werden Posts auf Facebook und WhatsApp systematisch überprüft. Die Kapazitäten der Prüfer sind begrenzt. Es ist unwahrscheinlich, dass sie jede Lüge sofort entlarven. Ehe Facebook und WhatsApp falsche Einträge löschen können, müssen sie über diese in Kenntnis gesetzt werden – und dieser Prozess dauert. Somit kann der Fakten-Check nur zu einem gewissen Grad das abpuffern, was gefälschte Inhalte anrichten können, aber nicht verhindern, dass diese Lügen verbreitet werden.

ZWEIFELHAFTE WEBSITES UND BLOGS

Auch der Suchmaschinen-Gigant Google kooperiert inzwischen mit Agenturen, um zu prüfen, ob Meldungen stimmen. Ziel der Google News Initiative ist es, vertrauenswürdige Inhalte weit oben zu ranken. Wer Google kennt, weiß aber, dass weiterhin zweifelhafte Websites und Blogs oft nur knapp nach, wenn nicht gar vor international namhaften Quellen wie etwa der BBC oder Le Monde auftauchen.

Es wäre schön, wenn Social-Media-Plattformen künstliche Intelligenz (KI) nutzen könnten, um Lügen, Betrügereien und unbeabsichtigte Fehler aufzuspüren. Aber solche Algorithmen müssen erst entwickelt werden, und das ist nicht so einfach. Algorithmen ahmen menschliches



Mobiles Netz ist in Afrika südlich der Sahara mittlerweile Standard.

Verhalten nach. Da Menschen leicht zu täuschen sind, sind Softwareprogramme ähnlich anfällig.

Die britische Organisation Full Fact ist führend bei der Nutzung von KI zur Faktenprüfung. Sie hat von Google zwei Millionen Dollar für die Entwicklung innovativer Tools erhalten, die Nutzern helfen einzuschätzen, ob Inhalte stimmen.

Full Fact erklärt: „Wir hoffen, dass unser Projekt hilft, dass binnen drei Jahren Bürger und Internetnutzer in die Sicherheit vertrauen können, Internetunternehmen faire und fundierte Urteile treffen können und politische Entscheidungsträger besser in der Lage sind, auf Fake News zu reagieren und zugleich die Meinungsfreiheit zu schützen.“ Die gemeinnützige Organisation kooperiert mit internationalen Partnern wie Africa Check und der argentinischen Agentur Chequeado.

Bislang gibt es aber noch keine KI-Lösungen. Der Gründer und Direktor von Africa Check, Peter Cunliffe-Jones, betont, dass Fake News ein vielschichtiges Problem darstellen und diverse Aspekte eine Rolle spielen. So könnten Menschen etwa auf Falschinformationen hereinfallen, weil sie:

- keinen Zugang zu korrekten Informationen haben,
- nicht zwischen zuverlässigen und unzuverlässigen Quellen unterscheiden können oder

- nicht an öffentliche Institutionen glauben.

Die Nachfrage nach Faktenprüfung in Afrika steigt. Immer mehr Organisationen richten Prüfstellen ein. Zugleich werden Informationen immer raffinierter gefälscht.

Dem Africa-Check-Gründer zufolge sollte man lügenden Politikern oder Wirtschaftsbossen höflich, aber klar sagen, wo sie falsch liegen, und sie auffordern, sich öffentlich zu korrigieren. Journalisten von Mainstream-Medien sollten wachsam sein und verlässliche Inhalte produzieren, die sich deutlich von Web-Gerüchten abheben. Nachrichtenkonsumenten wiederum sollten gute Quelle erkennen und wissen, wie man Inhalte anhand anderer Quellen gegencheckt. Der Kampf gegen Online-Lügen findet also an mehreren Fronten statt. Wie Cunliffe-Jones sagt: „Für ein vielschichtiges Problem braucht es vielschichtige Lösungen.“

Der Medienwissenschaftler Siguru Wahutu sieht das anders. In einem kürzlich erschienenen Aufsatz benennt Wahutu schlechte journalistische Standards als das Hauptproblem. Sozialen Medien und mangelnder Medienkompetenz die Schuld zu geben lenkt seiner Ansicht nach nur vom Journalismus ab und macht das Publikum zum Bösewicht, das aber eigentlich das Opfer sei.

Er übersieht dabei jedoch drei wichtige Punkte:

- Jeder kann online publizieren, insofern spielen nicht nur Journalisten eine Rolle.
- Soziale Medien sind eine legitime Informationsquelle. Viele Menschen informieren sich gar nicht über Mainstream-Medien.
- Da Mainstream-Medien nicht über alles berichten, gibt es für manche Themen letztlich keine Alternative zu Social Media.

Wenn wir erwarten, dass allein journalistische Professionalität und Medienkompetenz der Bürger die Fake-News-Flut eindämmen sollen, lösen wir dieses globale Problem nicht. Letztlich müssen digitale Plattformen selbst Verantwortung für Inhalte tragen, die sie verbreiten, und für Richtigkeit und Redefreiheit einstehen. Sie müssen dabei aber aufpassen, dass sie nicht Zensur fördern. Afrikanische Regierungsinstitutionen sind nicht stark genug, um Internetgiganten in die Verantwortung zu nehmen. Selbst fortschrittlichere Nationen tun sich damit schwer.



ALPHONCE SHIUNDU
ist der kenianische
Herausgeber von Africa
Check, einer unabhängigen
Faktenprüfungsorganisation.

twitter: @shiundu

Großer Schaden

Im Internet verbreitete Falschinformationen richten in Afrika viel Unheil an. Menschen werden unter anderem politisch manipuliert, um ihr Geld betrogen oder Opfer fragwürdiger medizinischer Ratschläge.

Während des Wahlkampfes in Nigeria Anfang 2019 sorgte im Internet ein Bild für viel Wirbel. Es zeigte, wie Oppositionsführer Abubakar Atiku dem US-Präsidenten Donald Trump die Hand schüttelt. Einige nahmen das als Beweis für Atikus internationale Anerkennung,

andere meinten, er unterwerfe sich ausländischen Interessen. Beides stimmte nicht – das Bild war gefälscht, die Politiker hatten sich nie getroffen.

In anderen Fällen von Internetbetrug erlitten etliche Nigerianer und Südafrikaner finanziellen Schaden. Kriminelle richteten falsche Web-Accounts ein und behaupteten, Personal für große Privatunternehmen oder Regierungsbehörden einzustellen. Sie forderten arbeitslose Jugendliche auf, ihnen per Handy Geld zu überweisen.



Ein informeller Laden in Nairobi wirbt für Telefongesellschaften und mobiles Geld.

Sie versprachen, die „Registrierungsgebühr“ rückzuerstatten, sollte ein Bewerber nicht

eingestellt werden. Das war so gelogen, wie die Webkonten gefälscht waren.

Laut Peter Cunliffe-Jones von Africa Check schaden Fehlinformationen Menschen „auf unterschiedliche Art in verschiedenen Kontexten“. So erzählte ihm ein Optiker in Nigeria kürzlich von einem Patienten, der im Internet gelesen hatte, eine Bindehautentzündung sei heilbar, indem man die Augen mit verdünnter Batteriesäure wasche. „Der Patient, der so Heilung gesucht hatte, weil er sich keinen Arztbesuch leisten konnte, ist jetzt fast blind – und wird es bleiben.“ (as)



Festnahme der
Universitätsdozentin
Stella Nyanzi in der
ugandischen
Hauptstadt Kampala.

Digitale Überwachung

Ugandas Regierung gefällt Kritik, die online geäußert wird, nicht. Auf verschiedene Weise versucht sie, die Reichweite und den Einfluss von Internetnutzern zu beschränken.

Von Edward Ronald Sekyewa

In Uganda wird Online-Belästigung („cyber harassment“) in der Computer-Missbrauchsverordnung von 2011 so definiert: „die Verwendung eines Computers, um obszöne oder unanständige Anfragen zu stellen oder damit zu drohen, einer Person oder ihrem Eigentum Schaden zuzufügen“. Eigentlich sollte das Gesetz die Bürger schützen. Viele Ugander haben jedoch den Eindruck, dass dieses für sie gefährlich werden könnte, da sie wegen Cyberverbrechen angeklagt werden könnten. Dies gilt vor allem für Journalisten und Menschenrechtsaktivisten.

Das bekannteste Opfer derzeit ist die Universitätsdozentin und feministische Aktivistin Stella Nyanzi. Am 2. August wurde sie wegen der Veröffentlichung eines Posts auf ihrer Facebook-Seite zu 18 Monaten

Gefängnis verurteilt. Davor saß sie bereits neun Monate in Untersuchungshaft. Ihr Vergehen bestand darin, dass sie 2017 in einem Post, in dem es um Genderfragen ging, Präsident Yoweri Museveni und seine Frau als ein „Paar Arschbacken“ bezeichnet hatte. Die Richter sprachen sie jetzt schuldig.

Der ugandische Menschenrechtsanwalt Eron Kiiza meint, Nyanzis Fall zeige, dass die Computer-Missbrauchsverordnung von der Politik „genutzt wird, um die Meinungsfreiheit zu beschränken“. Joan Nyanyuki von Amnesty International pflichtet dem bei. Ihrer Ansicht nach ist das Urteil „empörend“. Sie fordert von den ugandischen Behörden, die „Computer-Missbrauchsverordnung abzuschaffen, weil sie systematisch eingesetzt wird, um Regierungskritiker zu schikanieren, einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen“.

Auch wenn repressives staatliches Agieren keinen bleibenden Schaden anrichtet, sind die Auswirkungen dennoch einschüchternd. 2018 machten sieben Journalisten unterschiedlicher Medienhäuser

einen Korruptionsfall in der Bank of Uganda publik und veröffentlichten Bilder fragwürdiger Reichtümer einiger Direktoren dieser Bank. Die Journalisten wurden unter Berufung auf die Computer-Missbrauchsverordnung von der Polizei vorgeladen, um Aussagen zu machen. Die Polizei verlor hinterher das Interesse an diesem Fall, weil keiner der Bankdirektoren die Journalisten wegen irgendetwas beschuldigte; das Verfahren wurde also eingestellt.

ONLINE-VERBRECHEN, ONLINE-KONTROLLE

Die ugandische Polizei hat die sogenannte „Einheit für elektronische Gegenmaßnahmen“ (Electronic Counter Measure Unit, ECMU) eingerichtet; diese hat das Mandat, elektronische oder computergenerierte Verbrechen zu verfolgen. Diese Verbrechen werden mit Hilfe von Online-Plattformen wie Facebook, WhatsApp, Instagram oder Twitter begangen. Die ECMU überwacht also die Umsetzung der Computer-Missbrauchsverordnung.

Zivilgesellschaftliche Organisationen sehen sich als Hauptziel dieser Einheit und behaupten, dass sie außergerichtlich arbeitete. Die Computer-Missbrauchsverordnung besagt, dass Sicherheitsorgane eine digitale Überwachung nur mit einer richterli-

chen Erlaubnis durchführen dürfen. In den meisten bekannten Fällen digitaler Überwachung gab es jedoch keinen derartigen Gerichtsbeschluss.

Die „Verordnung zum Abhören von Kommunikation“ (Regulation of Interception of Communications Act – RICA) von 2010 gibt staatlichen Stellen die Befugnis, Menschen abzuhören und digital zu überwachen. Auch hierfür muss erst ein richterlicher Beschluss eingeholt werden, aber laut zivilgesellschaftlichen Akteuren geschieht dies selten.

Anfang 2018 gab es in Uganda 25 Millionen Mobilfunkverträge – bei einer Bevölkerung von 44 Millionen. Aber obwohl das Land mehrere internationale Konventionen unterzeichnet hat, die die Meinungsfreiheit gewährleisten, wie etwa die universellen Menschenrechte und die Afrikanische Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker, werden die neuen Gesetze gegen Individuen und oppositionelle Organisationen eingesetzt. Das betrifft natürlich auch diejenigen, die gegen Korruption eintreten.

Unwanted Witness ist eine ugandische zivilgesellschaftliche Organisation, die sich für digitale Rechte einsetzt. Laut einem ihrer Berichte (Unwanted Witness, 2017) geben 97 Prozent aller Journalisten und Menschenrechtsaktivisten an, digitale Drohungen zu erhalten und online überwacht zu werden. 79 Prozent von ihnen sagen, sie hätten keine technische Expertise, um mit Überwachung und digitalen Herausforderungen umzugehen.

Die Geschäftsführerin von Unwanted Witness, Dorothy Mukasa, meint, dass in Uganda die Bedrohung von Freiheit und Rechten im Internet aus den „rückschrittlichen Cybergesetzen“ herrühre; sie umgingen die ugandische Verfassung und entsprächen nicht internationalen Standards. „Diese Gesetze sind im Grunde ein Werkzeug, das die Behörden nutzen, um freie Meinungsäußerung zu kontrollieren und zu kriminalisieren“, fasst Mukasa zusammen. Zusammen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen wandte sich Unwanted Witness 2017 an Ugandas höchsten Gerichtshof. Bis jetzt gibt es dazu noch kein Ergebnis.

Drei Institutionen haben die Befugnis, Informationen zu sammeln und Überwachungen durchzuführen:

- das Militär,
- die Polizei und

- zwei Geheimdienste (extern und intern), die dem Präsidenten berichten.

SOZIALE MEDIEN BLOCKIEREN

2014 richtete die Ugandische Kommunikationskommission (UCC) ein Zentrum zum Medien-Monitoring ein, ausgestattet mit digitalen Datenlogger- und Überwachungsgeräten, die Radio, Fernsehen und Printmedien aufzeichnen und analysieren.

Da soziale Medien auf die jüngere Generation einen großen Einfluss haben, ist die Regierung natürlich daran interessiert, Social Media zu überwachen. Der ehemalige Sicherheitsminister Wilson Muruuli Mukaša sagte öffentlich, dass die Regierung das



Social-Media-Monitoring-Zentrum eingerichtet habe, „um Leute auszusortieren, die den Ruf der Regierung beschmutzen“ – das heißt, um sie loszuwerden.

Während der Präsidentschaftswahlen am 18. Februar 2016 befahl die UCC den Telekom-Firmen, sämtliche soziale Medien zu blockieren. Facebook, WhatsApp und Twitter waren unerreichbar, als die Wahlergebnisse aus den ländlichen Wahlbezirken bei der Wahlkommission in Kampala eintrafen. Die Opposition behauptete, sie sei davon abgehalten worden, die korrekten Wahlergebnisse weiterzuleiten. Dieser Eingriff habe es der Regierung ermöglicht, die Wahlen zu fälschen.

Im Juni 2018 wurde eine Social-Media-Steuer eingeführt (siehe meinen Beitrag im Schwerpunkt E+Z/D+C e-Paper 2018/10). Heutzutage muss jeder, der in Uganda sozia-

le Medien nutzen möchte, eine Tagessteuer von 200 Uganda-Schillingen (UGX) zahlen; das entspricht fünf Cent. Diese Steuer beeinflusst zwar nicht, was in den sozialen Medien veröffentlicht wird, aber sie reduziert die Reichweite.

Journalisten, zivilgesellschaftliche Akteure und einige Politiker sind strikt gegen diese Steuer. Einige wurden verhaftet und angeklagt, weil sie ihren Widerstand öffentlich gemacht hatten. Darunter war Robert Kyagulanyi, besser bekannt als Bobi Wine. Seine offene Kritik an der Steuer gibt ihm großen Einfluss unter seinen jungen Followern. Er ist inzwischen Abgeordneter und wird sich 2021 als Präsidentschaftskandidat aufstellen lassen.

Seit 2012 die Registrierung von SIM-Karten obligatorisch gemacht wurde, können Sicherheitsorgane alle Besitzer von Mobiltelefonen überwachen. Telekom-Firmen und Internet-Anbieter sind gesetzlich dazu verpflichtet sicherzustellen, dass ihre Dienste es technologisch erlauben, Kommunikation abzufangen, ohne dass die Zielperson die Überwachung bemerkt. Die Bürger wissen nicht, ob diese Möglichkeiten missbraucht werden – aber viele nehmen an, dass dies der Fall ist.

Die Regierung hat große Summen investiert, um Kameraüberwachungssysteme (closed-circuit TV – CCTV) zu beschaffen und einzurichten, vor allem in der Hauptstadt Kampala. Einige Kriminelle wurden tatsächlich gefasst, weil ihre Taten aufgezeichnet wurden. Aber dieselben Kameras werden genutzt, um die Bewegungen von Oppositionspolitikern zu beobachten. Viele Menschen argwöhnen, dass die chinesische Regierung der ugandischen bei dieser Überwachung behilflich ist. Denn die Kamera-Systeme wurden von den chinesischen Firmen Huawei und ZTE geliefert.

LINK

Unwanted witness, 2017: State of security for HRDs in a digital era.

<https://www.unwantedwitness.org/wp-content/uploads/2017/03/State-of-Security-for-HRDs-In-a-Digital-Era.pdf>



EDWARD RONALD SEKEYEWA ist Direktor der Medienorganisation „Hub for Investigative Media“ (HIM). Er lebt in Kampala.

edwardronalds16@gmail.com

Druck auf Journalisten

Aktivisten aus der Zivilgesellschaft und Medienschaffende wehren sich dagegen, wie die Behörden Indonesiens ITE-Gesetz anwenden. Die Abkürzung steht für Informasi dan Transaksi Elektronik – elektronische Informationen und Transaktionen. Kritikern zufolge wird der Verleumdungsartikel des Gesetzes benutzt, um Stimmen mundtot zu machen, die sich gegen die Regierung richten.

Von Ika Ningtyas

Das ITE-Gesetz wurde 2008 verabschiedet und 2016 verändert. Es soll den Austausch von Informationen und anderen elektronischen Transaktionen regulieren. In dem Gesetz ist festgelegt, was im Internet verboten ist. Allerdings wird sein Verleumdungsartikel dafür missbraucht, Journalisten zu kriminalisieren, was sich negativ auf die Pressefreiheit in Indonesien auswirkt. Auf Online-Verleumdung stehen bis zu vier Jahre Haft.

Der fragliche Gesetzestext verbietet die Verbreitung elektronischer Informationen, die Beleidigungen und/oder Verleumdungen enthalten. Er wird aber auch gegen Online-Journalisten verwendet, wenn den Betroffenen die Berichterstattung nicht gefällt – zum Beispiel wenn es um Korruption oder andere kriminelle Machenschaften geht. Der Vorwurf lautet dann, diese Artikel stellten eine Verleumdung dar.

Abdul Manan von der Journalistenvereinigung Alliance of Independent Journalists stellt eine zunehmende Kriminalisierung journalistischer Arbeit mit Hilfe des ITE-Gesetzes fest. Er ist auch selbst davon betroffen: Ihn erwartet ein Gerichtsverfahren als Mitgründer der Whistleblower-Plattform Indonesialeaks. Die Internationale Journalisten-Föderation (International Federation of Journalists – IFJ) fordert, dass das Verfahren eingestellt wird. Manan ist überzeugt davon, dass seine journalistische Arbeit nicht zu beanstanden ist.

Er betont, dass die Lage in Indonesien schon immer schwierig war. Die Einschüchterung von Journalisten ist an der Tagesordnung, und auch körperliche Gewalt kommt immer mal wieder vor. In der Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen

steht Indonesien aktuell auf Platz 124 von 180 Ländern.

Der Verleumdungsartikel entfaltet selbst dann einschüchternde Wirkung, wenn es kein Gerichtsurteil gibt. Im vergangenen Sommer wurde Zakki Amali angeklagt, der ehemalige Chefredakteur von Serat.id, einer unabhängigen Website in Zentraljava. Er hatte über Vorwürfe wissenschaftlicher Plagiate berichtet und geschrieben, dass einer der Kanzler einer staatlichen Universität daran beteiligt sei. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Journalisten haben protestiert, aber das juristische Verfahren geht weiter und hält Amali von seiner journalistischen Arbeit ab. „Ich verbringe meine Zeit damit, mich zu verteidigen“, sagt er.

Es gibt allerdings auch Schuldsprüche. Laut der zivilgesellschaftlichen Organisation Southeast Asia Freedom of Expression Network (SAFEnet) wurden in den vergangenen zehn Jahren zwei Journalisten verurteilt; in zwölf Fällen sei das Verfahren noch nicht abgeschlossen. Die meisten Anklagen – gegen acht Journalisten – gab es vor den Wahlen im vergangenen Jahr. „Das ITE-Gesetz wurde missbraucht, um die Medien zum Schweigen zu bringen“, sagt Damar Juniarto von SAFEnet.

In Indonesien herrscht erst seit dem Ende der Suharto-Diktatur 1998 Pressefreiheit. Die neue Regierung hat 1999 ein liberales Pressegesetz verabschiedet, das sowohl einzelnen Journalisten als auch Medienorganisationen ein gewisses Maß an recht-



lichem Schutz gewährt. Außerdem wurde der Presserat des Landes unabhängig. Seine Aufgabe ist es, Streitigkeiten im Zusammenhang mit Medienberichterstattung zu lösen. Nur wenn das nicht gelingt, sind rechtliche Schritte möglich. Das ITE-Gesetz umgeht aber den Presserat – weshalb sein Verleumdungsartikel leicht missbraucht werden kann.

Die Verbreitung digitaler Medien nimmt rasant zu. Nach Angaben des Presserats gab es 2016 in Indonesien 43400 Online-Medien.

LINKS

Southeast Asia Freedom of Expression Network:

<https://safenet.or.id/>

International Federation of Journalists:

<https://www.ifj.org/media-centre/news/detail/category/press-releases/article/seaju-calls-for-criminal-case-against-journalists-to-be-dropped.html>



IKA NINGTYAS

ist freie Journalistin in Java, Indonesia.

ika_bwi@yahoo.com



Das Southeast Asia Freedom of Expression Network (SAFEnet) setzt sich für die Rechte und den Schutz von Journalisten ein.



Kameras überwachen den öffentlichen Raum wie hier in Shanghai.

Niemand kann sich entziehen

Die chinesische Führung macht mit ihrer Ankündigung Ernst: Sie führt ein soziales Kreditsystem ein, das Menschen in allen Lebenslagen bewertet und entsprechend belohnt oder bestraft. Die Bewohner der Hauptstadt Peking soll es bereits im kommenden Jahr treffen.

Von Felix Lee

Genervt blickt Haifeng auf ihr Smartphone. Sie sitzt in einem Café in Peking und nippt an ihrem Latte. Das Telefon hat sie neben sich auf den Tisch gelegt. Widerwillig nimmt sie das Gerät in die Hand und tippt auf eine knallrote App. Darin finden sich Videobotschaften und jede Menge Texte. Lesen mag sie die Texte nicht. Sie müsse diese App mehrmals am Tag nutzen, sagt sie. Sie sei schließlich Parteimitglied.

Dabei nutzt Haifeng ihr Smartphone eigentlich ganz gerne – wie die meisten Chinesen ihrer Generation. Die 25-Jährige schaut sich darauf koreanische Seifenoper an, hat E-Books heruntergeladen und jede Menge Spiele. Am meisten benutzt sie ihr

Gerät, um mit ihren Freunden zu chatten, Bilder und Videos auszutauschen.

Nun ist ihr das Smartphone aber lästig geworden. Denn die Führung der Kommunistischen Partei (KP) hat alle ihre Mitglieder angewiesen, diese spezielle App herunterzuladen. „Xue Xi Qiang Guo“ heißt sie, übersetzt: „Studiere, um China stark zu machen.“ Nach offizieller Lesart handelt es sich um eine Lern-App. „Lerne von Xi“ – das könnten die ersten beiden Silben des Namens auf Chinesisch auch bedeuten, in Anspielung auf Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping. In der App finden sich seine Leitlinien, die Teil der Staats- und Parteiverfassung sind, neue Verordnungen der Partei, aber auch alte Schwarz-Weiß-Filme wie der „Lange Marsch“.

Mit der bloßen Installation der App ist es allerdings keineswegs getan. Parteimitglieder wie Haifeng müssen sie auch nutzen. Die Zeit, die sie auf der App verbringen, wird ihnen in Punkten gutgeschrieben, sogenannten „Lernpunkten“. Wer einen Text mindestens vier Minuten lang liest, bekommt einen Pluspunkt. Ebenso, wer Ar-

tikel oder Videos an Freunde und Familie weiterleitet. Auch die Uhrzeit spielt beim Punktesammeln eine Rolle. Eine Nutzung der App morgens vor halb neun, in der Mittagspause oder abends nach 20 Uhr bringt die doppelte Punktzahl – sie soll schließlich nicht die Arbeitszeit beeinträchtigen.

Wer viele Punkte gesammelt hat, kann sie gegen Geschenke oder Vergünstigungen eintauschen. Wer schlecht abschneidet, wird in der Parteizelle an den Pranger gestellt. „Eine niedrige Punktzahl zeigt, dass du kein leidenschaftliches Mitglied bist“, sagt Haifeng. Die App war zeitweilig in China das am meisten heruntergeladene Programm und stellte selbst die unter jungen Leuten derzeit schwer angesagte Social-Media-App Tiktok in den Schatten. „Kein Wunder“, sagt Haifeng. Schließlich hat Chinas KP mehr als 90 Millionen Mitglieder, und alle mussten die App installieren.

SOCIAL SCORING

Die Anwendung ist die Probe aufs Exempel für ein umfassendes Überwachungs- und Bewertungssystem, das demnächst für alle Chinesen gelten soll: Social Scoring. Schulden nicht beglichen? Dafür gibt es Punktabzug. Schwarz mit der U-Bahn gefahren? Auch das schlägt negativ zu Buche. Ebenso den Müll vor die Haustür zu stellen, im

Parkverbot zu stehen oder das Kind auf der Straße urinieren zu lassen.

Noch hat Chinas Führung das weltweit für Aufsehen sorgende Überwachungssystem nicht landesweit eingeführt. Es wurde bislang lediglich in einigen Regionen getestet. Nun hat auch die Stadtregierung von Peking angekündigt, das Bewertungssystem bis Ende 2020 einzuführen, und Anfang dieses Jahres einen entsprechenden Bewertungskatalog veröffentlicht. Das gesamte Verhalten aller rund 22 Millionen Pekinger soll damit erfasst werden.

Der Bewertungskatalog enthält unter anderem Verkehrsdelikte, Steueründen, rüpelhaftes Verhalten in der Öffentlichkeit und Rauchen in öffentlichen Räumen. Und da sich in China vieles im Netz abspielt, wird auch das Verhalten in den sozialen Medien, beim Online-Shopping und selbst beim Verfassen von Kurznachrichten erfasst. Datenquellen sind Bewertungen auf Einkaufsportalen oder Beiträge in Online-Netzwerken, aber auch Kranken- und Gerichtsakten. Wenn ein Bürger einen regierungskritischen Kommentar verfasst und an seine Chat-Gruppe versendet, könnte das ebenfalls mit in das Soziale Kreditsystem einfließen – in dem Fall negativ. Anschwärzen ist ausdrücklich erwünscht.

MUSTERBÜRGER ALS ZIEL

Ziel ist es, Musterbürger im Sinne der kommunistischen Führung zu schaffen. Jeder startet mit 1000 Punkten. Erreicht man durch Wohlverhalten 1300 Punkte, wird man mit AAA bewertet und erhält Gutscheine etwa für Bahn- und Flugreisen, kommt günstiger an Kredite heran und wird bei der Vergabe von Kindergarten-, Schul- und Studienplätzen bevorzugt. Wer hingegen unter die Punktzahl von 600 fällt, landet in der schlechtesten Kategorie D und muss mit Nachteilen rechnen.

Über seinen Punktestand kann sich jeder selbst informieren. Aber auch Behörden, Banken, Einkaufsplattformen, Reiseveranstalter und sogar Fluggesellschaften erhalten Auskunft. Niemand soll sich diesem Bewertungssystem entziehen können. Jeder bekommt ein Konto zugewiesen und ist gezwungen, sich mit seiner Sozialversicherungsnummer anzumelden.

Einen Vorgeschmack auf die entstehende Datenkrake gibt es schon: Kürzlich hat das Tourismusministerium bekanntge-



geben, dass im vergangenen Jahr mehr als 20 Millionen Menschen Flug- und Bahntickets verwehrt wurden, weil die Betroffenen ein zu schlechtes Sozialpunktekonto hatten. Bislang haben allerdings nur private Anbieter die entsprechenden Daten ihrer Kunden gesammelt und weitergegeben.

Besonders Chinas große Internetfirmen wie Alibaba oder Tencent haben fleißig Vorarbeit geleistet. Alibaba, der chinesische Internetgigant, der auf seinen Online-Handelsplattformen Taobao und Tmall mehr Umsatz macht als Amazon, hat Daten von fast 800 Millionen Nutzern gesammelt. Mit seinem Dienst Sesame Credit bietet er seit einiger Zeit ein umfassendes Bewertungssystem, an denen Nutzer freiwillig teilnehmen können. Wie Sesame Credit den Punktestand genau berechnet, gibt Alibaba nicht preis. Bekannt ist aber, dass der Einkauf bestimmter Produkte besser bewertet wird als der anderer und dass es sich lohnt, Freunde mit hoher Punktezahl zu haben. Nach eigenen Angaben stellt das Unternehmen die Daten auf Wunsch Behörden und Banken zur Verfügung. Mit dem Sozialkreditsystem will sich nun auch der Staat dieses Datenschatzes bedienen.

Damit es nicht bei Stichproben bleibt, sondern sich ein möglichst lückenloses Bild über das Verhalten aller Menschen ergibt, fluten die Behörden derzeit das ganze Land mit Überwachungskameras. Rund 170 Millionen Kameras gibt es auf Chinas Straßen bereits, 350 Millionen sollen in den nächsten Jahren dazukommen. Dann kommt eine Überwachungskamera auf jeden dritten Chinesen. Viele davon sind mit Gesichtserkennungssoftware bestückt.

Ein Besuch bei der Firma Megvii im Nordwesten Pekings macht deutlich, was die Bürger in China demnächst erwartet. Die Firma hat sich auf Kamerasoftware spezialisiert. Und die funktioniert so: Schon

am Eingang wird man erfasst. Die Software erkennt: ein Mann. Beim Alter ist sie sich erst noch etwas unschlüssig. Auf dem Bildschirm schwankt die Angabe zwischen 35 und 42. Dann pendelt sich die Zahl bei 38 ein. Volltreffer. Die Software vermisst zudem das Gesicht, erstellt ein Bewegungsprofil und merkt sich spezielle Merkmale wie Leberflecken, die Form der Ohrmuscheln und die Augenfarbe. Erfasst die Kamera die Person ein paar Minuten später das zweite Mal, spuckt die Software alle Daten sofort aus. „Wenn du vor einer unserer Kameras stehst, wissen wir sofort, wer du bist“, sagt Megvii-Mitarbeiterin Ai Jiandan. „Jedes Gesicht hat seine speziellen Merkmale.“

WENIG WIDERSTAND

In sozialen Netzwerken kursieren erste Bilder aus den Pilotstädten, die zeigen, wie die Überwachung künftig laufen könnte: Zu sehen ist, wie in einem Kontrollraum der örtlichen Polizei auf einer digitalen Wand hunderte Aufnahmen von Überwachungskameras einer großen Pekinger Kreuzung zu sehen sind. Auffälligkeiten werden automatisch heranzoomt. Die Gesichtserkennungssoftware gleicht die Personen mit den bereits gespeicherten Daten ab und gibt sie binnen weniger Sekunden preis.

Widerstand gegen dieses Überwachungssystem gibt es nur wenig. Proteste sind in der autoritären Volksrepublik schwierig zu initiieren. Das Bewusstsein für Datenschutz ist bei den meisten Chinesen aber ohnehin gering ausgeprägt – viele misstrauen ihren Mitbürgern mehr als dem Staat. Das Projekt einer „Zivilisierung“ der eigenen Bevölkerung durch die harte Hand der Machthaber stößt durchaus auf Beifall.

Haifeng hingegen sieht die Entwicklung kritisch: „Es sind in letzter Zeit doch zu viele Kameras geworden“, sagt sie und blickt sich im Café um. Erst am Ende des Gesprächs sagt sie, dass sie gar nicht Haifeng heißt. Ihren richtigen Namen möchte sie nicht nennen. Für das, was sie gesagt habe, könne sie schließlich Minuspunkte erhalten.



FELIX LEE
arbeitet für die tageszeitung (taz) und war bis vor kurzem ihr Chinakorrespondent.
felix.lee@taz.de

Überwachung ist möglich

Mehr als 1,2 Milliarden Menschen in Indien haben bereits eine digitale Kennungsnummer, die biometrische Daten erfasst. Das System wird für viele Zwecke genutzt, bereitet aber auch vielfältige Sorgen.

Von Nirmal Dutta

Aadhaar ist ein wirkungsmächtiges Instrument. Diese zwölfstellige Personenkennungsnummer wird von der Unique Identification Authority of India (UIDAI) ausgestellt. Die Behörde wurde 2009 geschaffen. Wer eine Aadhaar-Nummer beantragt, muss personenbezogene Angaben machen (Name, Adresse, Geburtsdatum et cetera) und sich biometrisch erfassen lassen (Foto, Iris-Scan, Fingerabdrücke).

1,2 Milliarden Aadhaar-Nummern wurden bereits vergeben. Die überwältigende Mehrheit der indischen Bevölkerung ist registriert. Das digitale System wird für diverse Zwecke verwendet – und da es praktisch ist, kommen ständig weitere hinzu.

Einem Urteil des Obersten Gerichts zufolge darf niemand zur Aadhaar-Nutzung gezwungen werden. Auch darf der Staat Daten nicht an Privatunternehmen weitergeben. Dennoch wird es immer schwieriger, ohne diesen virtuellen digitalen Personalausweis zu leben. Er wird zum Beispiel normalerweise verlangt, wenn Leute eine SIM-Karte kaufen oder ein Bankkonto eröffnen wollen.

Das System ist aber nicht fehlerfrei, und Pannen führen zur Exklusion der betroffenen Kunden. Unfälle können beispielsweise Fingerabdrücke verändern, und in einem Land, in dem sehr viele Menschen körperlich arbeiten, passiert das häufig. Große Probleme bereiten auch Tippfehler in Namen. Auch das kommt oft vor, weil es keine einheitlichen Regeln dafür gibt, wie die vielfältigen Schriften indischer Sprachen ins lateinische Alphabet transkribiert werden.

Aadhaar sollte ursprünglich armen Menschen dazu dienen, Ansprüche gegenüber dem Staat problemlos geltend zu machen – etwa im Rahmen der ländlichen Beschäftigungsgarantie. Mittlerweile hat das

System aber oft eine ausgrenzende Wirkung. Besonders benachteiligte Gruppen tun sich nämlich schwer, Aadhaar-Nummern zu bekommen. Sie sind zu alt, zu krank oder haben Behinderungen. Wer in einem abgelegenen Dorf lebt, muss weit reisen, um sich für Aadhaar registrieren zu lassen.

Die Regierung sagt zu Recht, Aadhaar mache die Bürokratie effizienter. Allerdings müssen die Schwachpunkte des Systems behoben werden. Es ist verheerend, dass benachteiligte Menschen nun noch schärfer ausgegrenzt werden.

Aadhaar sollte zudem Korruption minimieren. Inzwischen sind neue Formen



Die Fingerabdrücke der großen Mehrheit der indischen Bevölkerung sind bereits erfasst.

ökonomischen Fehlverhaltens entstanden. Selbsternannte „Vermittler“ bereichern sich auf illegitime Weise an Menschen, die mit digitaler Technik nicht umgehen können oder denen der Kontakt mit Beamten oder dem Vertriebspersonal großer Unternehmen nicht behagt. Davon gibt es sehr viele.

Das Oberste Gericht hat Datenschutz im Aadhaar-Kontext angewiesen. Das geht zwar in die richtige Richtung, beruhigt aber viele Bürger nicht wirklich. Indien hat bislang nämlich kein kohärentes Datenschutzgesetz, so dass juristisch unklar bleibt, welche Art von Information zur individuellen

Privatsphäre gehört. Digitale Spuren lassen sich jedoch leicht verfolgen, und viele Menschen fragen sich, was wohl mit den Daten geschieht, die bereits weitergegeben wurden.

Offen ist zudem, ob Aadhaar wirklich sicher ist. Hacker knacken bekanntlich viele digitale Systeme. Fachleute rechnen deshalb irgendwann mit Datenklau.

Die größten Sorgen bereitet indessen die Tatsache, dass der Staat Aadhaar für Überwachungszwecke nutzen darf. Laut Oberstem Gericht ist das der Fall, wenn es um die „nationale Sicherheit“ geht. Angehörige von Minderheiten und Oppositionsgruppen wissen aber genau, dass Premierminister Narendra Modi und seine hindu-chauvinistische Partei BJP schnell von „anti-nationalem Verhalten“ und sogar der „Unterstützung von Terroristen“ sprechen. Viele zivilgesellschaftliche Akteure

und Menschenrechtsverteidiger sind in Haft. Entsprechend wirken Pläne der Modi-Regierung verstörend, die Nutzung sozialer Medien an die Aadhaar-Registrierung zu knüpfen.

NIRMAL DUTTA

ist das Pseudonym eines indischen Sozialwissenschaftlers, der mit der Redaktion in Verbindung steht. Im aktuellen politischen Klima will er seinen Klarnamen nicht in einer Veröffentlichung lesen, in der er die Regierung kritisiert.

euз.editor@dandc.eu

Partnerschaft auf Augenhöhe durch Blockchain-Technologie

Die Verteilung und die Steuerung von Gebermitteln sind eine heikle Angelegenheit. Während die Geberseite sich sorgt, dass ihre Gelder auch tatsächlich für den vereinbarten Zweck eingesetzt werden, fühlen sich die Empfänger der Unterstützung oft übergangen und gegängelt. Die KfW hat eine ganz neue, innovative Lösung für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit entwickelt und nutzt dafür modernste Technik: TruBudget ist eine Plattform, die auf der Blockchain-Technologie basiert. Sie ermöglicht eine transparente und sichere Umsetzung öffentlicher Investitionen in Entwicklungsländern. Die KfW testet TruBudget derzeit unter anderem mit dem Finanzministerium in Burkina Faso.

Von Piet Kleffmann

TruBudget (Trusted Budget Expenditure) ist von der KfW als eine digitale Arbeitsplattform für Partnerländer entwickelt worden. Auf dieser Plattform können alle Arbeitsschritte und Auszahlungen eines Entwicklungsprojektes von den beteiligten Regierungsstellen und Geberorganisationen gemeinsam bearbeitet werden. Die Plattform ist im Grunde nichts anderes als ein vertrauenswürdiges Workflow-Tool für Geschäftspartner, die nicht auf ein gemeinsames IT-System zugreifen können.

Jede Aktion der Nutzer wird dabei auf einer sogenannten Blockchain, einer kontinuierlich erweiterbaren Liste von Datensätzen, abgespeichert. Daten auf einer solchen Blockchain können im Nachhinein nicht mehr verändert werden und sind damit fälschungs- und revisionssicher. Zudem liegen sie nicht zentral auf einem Server oder bei einem Unternehmen, sondern verteilt auf den Computern aller Beteiligten. Informationen können so nicht verlorengehen und sind vor Manipulationen geschützt.

Diese Eigenschaften von TruBudget schaffen enorme Vorteile: Zum einen hat damit jeder Partner jederzeit Zugriff auf aktuelle Informationen zum Stand der Projekte. Die aufwändige Kommunikation unzähliger

E-Mails, in denen Berichte angefordert, angemahnt und dann in unterschiedlichen Versionen verschickt werden, fallen weg. Das vereinfacht die Abstimmungsprozesse immens, da alle Partner bei ihrer Entscheidungsfindung vom gleichen Informationsstand ausgehen können.

Zum anderen sind die eingestellten Informationen vertrauenswürdig. Jeder kann sofort nachvollziehen, wer was wann entschieden und veranlasst hat. Selbst im (immer noch möglichen) Betrugsfall sorgt das fälschungssichere Protokoll für eine eindeutige Identifizierung der Verantwortlichen. Diese Transparenz bedeutet nicht nur eine permanente Peer-Kontrolle, sondern erhöht auch den Umsetzungsdruck



auf denjenigen, der jeweils für den nächsten Schritt verantwortlich ist.

Die hohen Transaktionskosten aufwändiger Abstimmungs- und Kontrollprozesse können durch die TruBudget-Anwendung signifikant gesenkt werden. Mittel der öffentlichen Entwicklungshilfe (Official Development Assistance – ODA) können damit viel effektiver eingesetzt werden – ganz im Sinne der Paris-Deklaration zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (siehe Kasten, S. 31).

Das Finanzministerium in Burkina Faso hat mit Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) eine

eigene Version von TruBudget entwickelt, auf der perspektivisch alle Geberprojekte in Burkina Faso abgewickelt werden sollen. Seglaro Abel Somé, Staatssekretär im Finanzministerium in Burkina Faso, geht davon aus, dass mit TruBudget die Informationsbeschaffung zur Verwendung von Gebermitteln und damit die eigene Haushaltsplanung deutlich verbessert werden können.

Für die Anwender wurde TruBudget einfach und intuitiv gestaltet. Partner brauchen nur einen Internetzugang, und das auch nicht unbedingt permanent oder besonders schnell. Die Bearbeitung von Arbeitsschritten erfolgt dann entweder über die Nutzeroberfläche von TruBudget oder das eigene Workflow-Programm, das mit TruBudget über eine digitale Schnittstelle (API) verbunden ist. Die Plattform ermöglicht so eine Zusammenarbeit unabhängig vom jeweiligen IT-System der beteiligten Partner.

Mit der Einbindung in das eigene IT-System entfällt die händische und somit fehleranfällige Eingabe in andere Datenbanken. Das ist ein großer Vorteil für die Finanz- und Planungsministerien, die bislang Daten aufwändig zusammentragen mussten. So ist die Projektverantwortliche im burkinischen Finanzministerium, Brigitte Compaore Yoni, davon überzeugt: „Mit TruBudget können wir die Daten zu den individuellen Geberzahlungen endlich einheitlich und verlässlich darstellen.“

TruBudget soll ein Partnerinstrument sein. Über die Governance und Zugriffsrechte entscheidet die jeweilige Regierung, die eine solche Plattform für die Abwicklung geber-finanzierter Projekte oder Programme nutzen will. Die KfW hat die Anwendung daher bewusst als Open Source entwickelt. Also als Software, deren Quelltext öffentlich einsehbar, änderbar und nutzbar ist. TruBudget steht damit allen Interessierten kostenfrei zur Verfügung (<https://github.com/openkfw/TruBudget>).

TruBudget ist so flexibel gebaut, dass es sich auch für andere Anwendungsfälle eignet, etwa bei der Lieferkette von Impfstoffen. Statt Workflows werden hier die Etappen der einzelnen Lieferschritte von der Bestellung über den Transport bis hin zur Anwendung in einem Dorf erfasst. Die internationale Impfallianz Gavi prüft gerade den Einsatz von TruBudget für ihr Finanzmanagement und die Lieferkette von

Impfstoffen. Aber auch andere Lösungen wie etwa das Monitoring von Vertragskonditionen sind denkbar, genauso wie die Verknüpfung mit anderen innovativen Ansätzen wie Open Data oder künstliche Intelligenz (KI).

Neben dem Finanzministerium von Burkina Faso hat die brasilianische Entwicklungsbank BNDES als erste Institution TruBudget in ihre Prozesse und IT-Systeme verankert. Die Anwendung wird zur Abwicklung des Amazon Funds eingesetzt, wenn auch vorerst nur für einzelne Prozesse. Äthiopien und Georgien planen Piloteinsätze für KfW-finanzierte Programme. Das

BMZ unterstützt diese Initiativen im Interesse einer Digitalisierung auf Augenhöhe.

Mit TruBudget steht endlich ein Instrument zur Verfügung, Partnersysteme mit vertretbarem Risiko einzusetzen. Gebermittel können damit direkt und sicher über den Partnerhaushalt abgewickelt werden. Eine eigenständige Verwaltung durch das Partnerland erhöht nicht nur Effizienz, sondern auch die Nachhaltigkeit der bereitgestellten Mittel. Die Herausforderung liegt nun allein in dem politischen Interesse von Partnerländern und Geberorganisationen, diese technologischen Möglichkeiten auch zu nutzen. Geber müssen sich zukünftig

noch mehr daran messen lassen, inwieweit sie mit ihrer Unterstützung tatsächlich auch die strukturelle Eigenständigkeit von Entwicklungsländern fördern wollen.

Dieses Umdenken ist noch lange nicht überall angekommen. Umso wichtiger ist es, jetzt neue Standards einer transparenten Zusammenarbeit zu setzen – nicht nur in der deutschen Entwicklungspolitik.



PIET KLEFFMANN
ist Leiter der Task-Force
TruBudget.

piet.kleffmann@kfw.de



Die brasilianische Entwicklungsbank BNDES hat TruBudget in ihren Prozessen und IT-Systemen verankert.

TruBudget und die Paris-Deklaration

Im Jahr 2005 beschlossen Länder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development – OECD) in der Paris-Deklaration, Effizienz und Nachhaltigkeit ihrer Entwicklungshilfe zu verbessern (siehe Peter Lanzet in der Tribüne des E+Z/D+C e-Papers 2017/02). Alle waren sich einig: Die Umsetzung von Mitteln der öffentlichen Entwicklungshilfe (Official Development Assistance – ODA) sollte zukünftig über die Systeme der Partnerländer erfolgen, am besten gleich über den Partnerhaushalt. Budgethilfe wurde zum Mittel der Wahl in der Zusammenarbeit – auch in der deutschen Entwicklungspolitik.

Nach Paris gab es 2009 eine Bestandsaufnahme in Accra und 2011 in Busan. Mit einem ernüchternden Ergebnis. Nur eines von 13 Zielen der Paris-Deklaration wurde erreicht: Leichte Verbesserungen konnten wenn, dann nur auf der Partnerseite gefunden werden. Das Scheitern war so offensichtlich, dass es danach eine Rückbesinnung von der Budgethilfe auf die gute alte Projektfinanzierung gab.

Die Paris-Deklaration starb sozusagen einen langsamen Tod – eine Wiederauferstehung ist bislang nicht in Sicht. Heute steht die Gebergemeinschaft immer noch da wie vor 15 Jahren: reichlich ineffizient, kaum aufeinander abgestimmt und am Partnerhaushalt vorbeifinanziert. Dabei ist die Welt der Förderung für

Empfängerländer noch komplexer und unübersichtlicher geworden.

Laut OECD bieten heute weltweit über 500 Geberorganisationen ihre Hilfe an. In Burkina Faso allein sind 81 bi- und multilaterale Geber aktiv. Jede einzelne Organisation mit ihren eigenen Ansprüchen und Konditionen will bedient werden und sorgt sich um ihre individuellen Ziele. Mit dem Ergebnis, dass etwa in burkinischen Ministerien über 300 Projektteams Kosten verursachen. Von Gebern initiiert, arbeiten diese Teams teilweise in den gleichen Regionen und Sektoren aneinander vorbei.

Nicht überraschend kommt ein Bericht der burkinischen Regierung 2017 zum Schluss, dass die Mittelausschöpfung bei extern finanzierten Projekten mit 63 Prozent deutlich niedriger liegt als bei national finanzierten Projekten (96 Prozent). Die Ursachen werden vor allem in Schwierigkeiten bei Planung und Management der unterschiedlichen Verträge und Vergabeprozesse der Geber gesehen.

Da die meisten Geber ihre Mittel aus Angst vor Kontrollverlust und Missbrauch nicht über die Konten des nationalen Haushaltes fließen lassen, wissen die Regierungen oft nicht, wie viel in ihrem Land für öffentliche Investitionen eigentlich ausgezahlt wurde. In der Regel erhalten die Dienstleister, die im Auftrag der Partnerländer unterwegs sind, ihre Zahlungen nämlich direkt aus Geberhänden. In Ländern mit



Die neue digitale Plattform der KfW ermöglicht einen effektiveren Einsatz der Mittel.

einem signifikanten Anteil extern finanzierter Investitionen wirkt sich dieses Modell negativ auf die Nachhaltigkeit aus. So werden angesichts der parallelen Geberströme Projekte oft erst gar nicht in den Haushalt eingestellt. Ohne genaue Angaben zu Einnahmen und Ausgaben bleibt aber jede Haushaltsplanung Makulatur.

Warum aber sind wir heute nicht weiter in Sachen Paris-Deklaration? Die Budgethilfe konnte die hohen Erwartungen nicht erfüllen. Neben politischer Überfrachtung war dafür mangelnde Governance auf Seiten vieler Partnerländer verantwortlich. Skandale wie das sogenannte „Cashgate“ in Malawi 2013 haben die Glaubwürdigkeit dieser Art der Hilfe nachhaltig untergraben. Immerhin wurde für die Veruntreuung von rund 32 Millionen Dollar genau das elektronische System missbraucht, dass zur Verbesserung

des öffentlichen Finanzmanagements installiert wurde.

Bislang gab es keine Möglichkeit, das Risiko des Mittelmissbrauchs in den Griff zu bekommen. Hier kommen jetzt neue Technologien wie Blockchain oder künstliche Intelligenz ins Spiel. Sie können Probleme, die wir für unlösbar hielten, mit einem Mal überwindbar machen. Tatsächlich angewendet werden sie in der Entwicklungszusammenarbeit allerdings bislang wenig.

Dabei bietet sich gerade Blockchain dafür an, Prozesse transparent, nachvollziehbar und sicher zu gestalten. So entstand in der KfW die Idee, das Potenzial dieser Technologie zu nutzen und die TruBudget-Anwendung zu entwickeln (siehe Haupttext). Sie ermöglicht eine transparente, sichere und nachvollziehbare Steuerung des Einsatzes von Gebermitteln. (pk)



Alexis Hope stellt ihr Projekt „Make the breast pump not suck“ auf der Republica 2019 vor.

Mehr Technologie ist keine Lösung

In den letzten Jahren hat sich der **Technologieoptimismus** gesamtgesellschaftlich abgeschwächt. Große Datensammlungen, Überwachung und Wahlmanipulation sind nur einige Beispiele für die Schattenseite digitaler Möglichkeiten, einschließlich des Internets. Politik und Gesellschaft müssen sich den Herausforderungen stellen.

Von **Monika Hellstern**

Nur etwas mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung hat derzeit Zugang zum Internet. Experten bezweifeln, dass die Weltgemeinschaft das Ziel eines weltweit flächendeckenden Internetzugangs bis 2030 erreichen wird (SDG 9). Der Internetoptimismus vom Anfang der 2000er Jahre ist angesichts einer Vielzahl von Problemen einem nüchteren Blick auf die Technologie und ihre Chancen gewichen.

Das Internet hat Menschen weltweit vernetzt und gleichzeitig eine neue Are-

na für die Probleme der analogen Welt geschaffen. In den letzten Jahren wurden im Internet Desinformationen verbreitet, massenhaft persönliche Daten gesammelt, Menschen überwacht, Wahlen manipuliert, Gewalt organisiert, Cyberkrieg geführt und Massenkonsum befeuert, ohne Rücksicht auf die sozialen und ökologischen Folgen zu nehmen.

„Ist das derselbe Raum, mit dem wir die andere Hälfte der Weltbevölkerung verbinden wollen?“, fragte die kenianische Forscherin und Aktivistin Nanjira Sambuli deshalb auf der diesjährigen Digitalkonferenz Republica im Mai in Berlin. In ihrem Vortrag setzte sie sich mit dem Konferenzmotto „tl;dr – too long, didn’t read“ auseinander. Der Internetslang verweist darauf, dass ein Text nicht gelesen wurde, weil er als zu lang erschien.

Für Sambuli steht die Abkürzung für ein tiefgreifendes kulturelles Phänomen. In einer Zeit des Informationsüberflusses

ist Aufmerksamkeit eine knappe Ressource. Die individuelle Strategie des tl;dr wird dabei zu einem Bewältigungsmechanismus. „Es würde 70 Stunden dauern, die Geschäftsbedingungen der beliebtesten Internetdienste zu lesen. Wer hat so viel Zeit? Auf der anderen Seite erwarten uns Spaß und unsere Freunde, also stimmen wir zu“, meint Sambuli.

Die Konsequenzen unserer Handlungen holen uns ein. Laut Sambuli ist eine neue Form der Macht entstanden. Große Datensammlungen und Algorithmen ermöglichen Unternehmen, Regierungen und nichtstaatlichen Akteuren neue Wege zur Überwachung, Manipulation und Kontrolle. Da Technologien menschengemacht sind, sind sie anfällig für menschliche Fehler. Dennoch werden sie häufig als fair und objektiv beworben.

ALGORITHMEN SIND NICHT NEUTRAL

In immer mehr Lebensbereichen begegnen wir Algorithmen. Algorithmen sind Schritt-für-Schritt-Anleitungen zur Lösung von Aufgaben und Problemen, die in der Entwicklung von künstlicher Intelligenz und im maschinellen Lernen angewendet

werden (siehe Beitrag von Benjamin Kumpf im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Papers 2018/10). Künstliche Intelligenz bedeutet, dass Computer Entscheidungen fällen, die bislang Menschen zustanden. Solche Fähigkeiten können auch dazu dienen, umfangreiche Datensätze auszuwerten und daraus Wissen zu generieren.

Algorithmen verändern die Arbeitswelt. Die kanadische Ethnologin Alex Rosenblatt hat den US-Konzern Uber, eine digitale Plattform zur Vermittlung von Fahrdienstleistungen, untersucht. Fahrerinnen und Fahrer arbeiten als selbstständige Dienstleistende und nutzen die App, um Kunden zu gewinnen.

Laut Rosenblatt werden sie dabei von einem „algorithmischen Boss“ kontrolliert. Die App zeichnet detaillierte Informationen über Fahrverhalten und Auftragszahlen auf. Die Dienstleistenden erhalten dann Vorschläge, wie sie ihr Verhalten gewinnbringend verändern können. Der Algorithmus wird zum Management-Tool.

Uber legt einseitig die Preise für Fahrten fest. Schlechte Bewertung im Rating-System oder das Ablehnen von vieler Aufträge kann zum Jobverlust führen. Wollen Betroffene eine schlechte Bewertung beanstanden, müssen sie per E-Mail mit dem weit entfernten Kundendienst kommunizieren, der mit einer Reihe von Standardantworten reagiert.

Entgegen der Rhetorik des Silicon Valley seien Algorithmen, Daten und digitale Plattformen nicht neutral, urteilt Rosenblatt. Uber präsentiert sich als Technologie- statt als Transportunternehmen. So umgeht es in den USA Arbeitnehmerrechte und Sozialversicherungsabgaben. Gleichzeitig steuert es das Verhalten der vermeintlich selbstständigen Dienstleistenden bis ins kleinste Detail und experimentiert ohne Ankündigung mit seiner Preispolitik.

Algorithmen können Diskriminierung Vorschub leisten. Ein Beispiel dafür ist laut der US-Forscherin und Künstlerin Caroline Sinders Gesichtserkennungssoftware. Dunkle Hautfarben erkennt das System schlecht, weil die Datensätze, mit denen Programmierer Algorithmen trainieren, nicht ausreichend divers sind. Wenn die Software dazu eingesetzt wird, an Grenzen darüber zu entscheiden, wer einreisen darf, kann das Nichterkennen zum Problem werden.

Einige Unternehmen verfolgten fragwürdige Absichten, meint Sinders. Das is-

raelische Unternehmens Faception ordnet bestimmten Gesichtszügen Charaktereigenschaften zu und will damit potenzielle Terroristen erkennen. Rassismus scheint hier schon im Design angelegt.

Ein weiteres Problem ist laut Sinders, dass Nutzerinnen und Nutzer keinen Einfluss darauf haben, ob und wie Algorithmen auf sie wirken. Sie können nicht zustimmen, ablehnen oder Veränderungen erwirken. Sie haben kaum Rechte, das über sie gesammelte Datenmaterial löschen zu lassen.

Sinders fordert, die Menschenrechte müssten bei der Gestaltung von Produkten sorgfältig beachtet werden. Das erfordere vor allem Transparenz. Ein Produkt sollte so gestaltet sein, dass User es verstehen, Feedback geben und Veränderungen erwirken können.

Mehr Diversität in Entwicklungsteams führt zu besseren Ergebnissen. Innovation muss sich an den marginalisiertesten Gruppen orientieren und diese in den Prozess einbeziehen, meint US-Designerin und Forscherin Alexis Hope. Sie stellte auf der Republica ein Projekt vor, das in einem gemeinschaftlichen und inklusiven Prozess Ideen entwickelte, um Milchpumpen für Mütter von Kleinkindern zu verbessern.

KRISE DER DEMOKRATIE

Algorithmen bestimmen auch, welche Informationen Usern in Suchmaschinen und sozialen Medien angezeigt werden. Wer große Datensätze über sie hat, kann Algorithmen beispielsweise zur Wahlmanipulation einsetzen. Symbolisch dafür steht das Datenanalyseunternehmen Cambridge Analytica, das durch seine Rolle im US-Wahlkampf 2016 weltweit bekannt wurde.

Cambridge Analytica und seine Partnerfirmen waren auch in vielen Entwicklungsländern aktiv. Die dänisch-puertoricanische Forscherin Solana Larsen und die guatemaltekeische Menschenrechtsanwältin Renata Avila kennen Beispiele aus Lateinamerika. Eine Firma identifizierte die ärmsten Bevölkerungsgruppen rund um Mexiko-Stadt und ließ sie Meinungsumfragen ausfüllen. Als Gegenleistung erhielten sie kostenlosen Internetzugang. Dass ihre Daten missbraucht werden könnten, war ihnen nicht klar. So können sogar Daten von Menschen, die gar nicht online sind, zur Wahlmanipulation genutzt werden.

In Kenia war Cambridge Analytica bereits seit 2011 aktiv und nahm Einfluss auf die Parlamentswahlen 2013 und 2017. Laut Nanjala Nyabola, Politologin und Aktivistin aus Kenia, erhielten viele Stimmbürger ihre Informationen aus sozialen Medien, wo gezielt Falschinformationen verbreitet wurden.

Durch den Einsatz von Wahlcomputern wurde die Wahl 2017 mit dem Gegenwert von 28 Dollar pro Kopf zur teuersten der Welt. Dennoch scheiterte der Versuch, durch Technologie mehr Transparenz und Glaubwürdigkeit herzustellen. Für Nyabola zeigt diese Erfahrung, dass technologische Lösungen kein Allheilmittel für politische und soziale Probleme sein können. Stattdessen brauche es eine aktive Bürgerschaft sowie Medien, die Regierungen zur Verantwortung ziehen.

Die strukturelle Ursache der Probleme liegt laut dem kanadischen Autor Cory Doctorow in der Monopolstellung der großen Technologieunternehmen. In manchen Ländern nutzen Menschen im Internet praktisch nur Facebook. Das steigert die Chancen zur Manipulation – nicht nur durch Facebook selbst, sondern auch durch Akteure, die diese Plattform geschickt nutzen. Weltweit greifen monatlich 2,3 Milliarden Menschen auf Facebook zu.

Die großen Internetplattformen haben laut Doctorow mittlerweile Monopole geschaffen und übernehmen immer mehr staatsähnliche Aufgaben. So werde von ihnen nun erwartet, dass sie Hassrede verhindern oder Urheberrechte durchsetzen. Die Machtkonzentration stellt für Doctorow eine Gefahr für die Demokratie dar. Für ihn liegt die Lösung im Aufbrechen der Monopole. Es sollte für Unternehmen schwerer sein, aufstrebende Wettbewerber aufzukaufen.

LINK

Republica Digitalkonferenz 2019:
<https://19.re-publica.com/de>

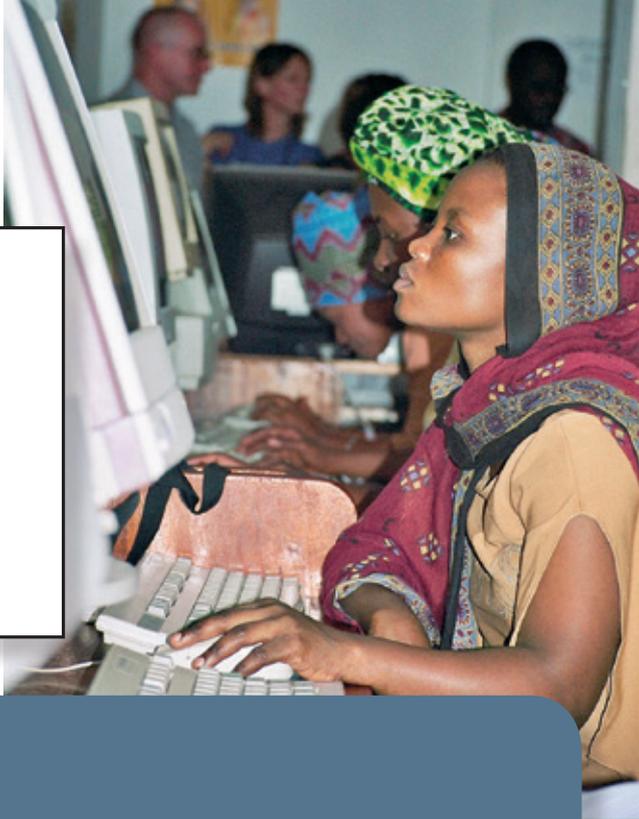


MONIKA HELLSTERN
ist redaktionelle Mitarbeiterin von E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and

Cooperation.

euz.editor@fazit-communication.de

**Besuchen Sie
unsere Website
unter www.DandC.eu**



Navigation icons: X, -, +

Address bar: www.eundz.eu

Website Header: **E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT**

Menu: DOSSIERS THEMENFELDER WELTREGIONEN RUBRIKEN AUTOREN ARCHIV BLOG

Search:

INTERNET: Nachfrage nach Faktenprüfung in Afrika steigt **Aktuelles e-Paper**

TOP THEMA



E+Z **Digitale Zukunft**
Gratis PDF-Download

Digitale Überwachung
28.08.2019 - von Felix Lutz
Niemand kann sich entziehen
China führt ein Bigdata-Programm zur...

EBOLA
28.08.2019 - von Tariq Riebl
Am Wendepunkt
Oben: das Vertrauen der Menschen vor...

Aktuelle Blog-Beiträge

- Blog will continue in our Opinion section
- Why sovereignty must be pooled

Folgen Sie uns

Social media icons: Facebook, Twitter, RSS, Email, LinkedIn